



Landtag von Baden-Württemberg

42. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 11. Juli 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 10:31 Uhr

Schluss: 12:49 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	2321
Eintritt des Abg. Klaus Burger	2321
Glückwünsche zum Geburtstag des Ministers Dr. Nils Schmid	2344
1. Aktuelle Debatte – Konsequenzen aus dem Filderdialog – Chancen für die Filderregion nutzen durch einheitliche Positionierung der Landesregierung – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	2321
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	2321, 2330, 2338
Abg. Nicole Razavi CDU	2322, 2331, 2338
Abg. Edith Sitzmann GRÜNE	2324
Abg. Claus Schmiedel SPD	2325, 2340
Staatsrätin Gisela Erler	2327
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	2332
Minister Winfried Hermann	2332
2. Aktuelle Debatte – Meldegesetz der Bundesregierung stoppen – Datenschutzgesetz stärken – beantragt von der Fraktion GRÜNE	2341
Abg. Alexander Salomon GRÜNE	2342
Abg. Günther-Martin Pauli CDU	2344
Abg. Sascha Binder SPD	2345
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	2346
Minister Reinhold Gall	2347
Nächste Sitzung	2348

Protokoll

über die 42. Sitzung vom 11. Juli 2012

Beginn: 10:31 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Ihre Plätze einzunehmen. Ich eröffne die 42. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Thom erteilt.

Krankgemeldet sind Herr Abg. Kopp, Herr Abg. Renkonen und Herr Abg. Dr. Rösler.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Kretschmann bis ca. 11:30 Uhr, Herr Minister Gall, ebenfalls bis ca. 11:30 Uhr, und Herr Minister Stickelberger.

Dienstlich verhindert ist Herr Minister Friedrich.

Am 3. Juli 2012 haben Sie, verehrter Kollege Burger, die Mandatsnachfolge für Frau Kollegin Tanja Gönner angetreten, die wir in der letzten Plenarsitzung verabschiedet haben. Ich möchte Sie, Herr Kollege Burger, herzlich in dieser Runde begrüßen und wünsche Ihnen alles Gute. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit. Herzlich willkommen!

(Beifall bei allen Fraktionen)

Jetzt hätte ich gern Herrn Minister Dr. Schmid zum Geburtstag gratuliert, aber er ist gerade nicht da. Wir werden jedoch sicher Gelegenheit haben, die Glückwünsche nachzuholen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Konsequenzen aus dem Filderdialog – Chancen für die Filderregion nutzen durch einheitliche Positionierung der Landesregierung – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Wir haben uns dazu im Präsidium auf eine Gesamtredezeit von 40 Minuten geeinigt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten.

Mit Blick auf § 60 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung möchte ich daran erinnern, dass es uns gemeinsam ein wichtiges Anliegen ist, die Aktuellen Debatten mit der notwendigen Lebendigkeit zu führen und daher die Aussprache in freier Rede zu führen.

Das Wort erteile ich Herrn Kollegen Haußmann für die Fraktion der FDP/DVP.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jedes Jahr im Dezember mache ich zusammen mit meinem Sohn einen Orientierungslauf.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist gut für den Jungen! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist für Kinder gut und für die FDP!)

Wer das nicht kennt, dem möchte ich dies erläutern: Sie müssen bei diesem Wettbewerb von einer Geländekarte selbst Ziele übertragen, die Sie dann im Gelände ablaufen. Wenn Sie da nicht gut vorbereitet sind und nicht konzentriert wirken, dann laufen Sie sozusagen wie im Blindflug.

Das Stichwort Blindflug beschreibt das Gefühl, das ich im Verlauf des Filderdialogs hatte: das Gefühl, dass die Organisation teilweise wie im Blindflug vorgenommen wurde.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die nehmen Sie das nächste Mal mit zum Orientierungslauf!)

Ich möchte jetzt gar nicht auf die Details dieser Organisation eingehen. Nur so viel: Wenn die „Stuttgarter Nachrichten“ schon von einer „unheilvollen Entwicklung“, von „einer unheilvollen Mischung aus Naivität, Unkenntnis, und Dilettantismus“ sprechen, dann hat dieser Filderdialog – das muss man sagen – nicht mit der Stärke starten können, wie es notwendig gewesen wäre.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist noch sanft ausgedrückt!)

Wenn – wie es Frau Staatsrätin Erler hat organisieren lassen – am 14. Mai für einen zwei Wochen später stattfindenden Termin – es war noch dazu der Freitag vor Pfingsten – 250 Bürger zufällig ausgewählt werden in der Hoffnung, dass davon 80 teilnehmen, dann wird das eben auch schwierig. – Nur so viel dazu.

Der zweite Punkt betrifft die Organisation und die Durchführung. Wenn die Voraussetzungen des Filderdialogs nicht richtig festgelegt werden, kommt im Ergebnis natürlich auch nicht das heraus, was man sich vorstellt. Unser Verkehrsminister ist Feuer und Flamme bei der Anbindung der Gäubahntrasse an den Tiefbahnhof. Damit hätten wir hier eine vertragswidrige Variante und eine Missachtung des Ergebnisses der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 vorliegen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

(Jochen Haußmann)

Diese Varianten – da ist dann noch die Neckar-Alb-Variante von Horb über Tübingen dazugekommen – wurden nicht mit den Projektpartnern abgestimmt. Bei diesen Varianten wurden Vorgaben gemacht, die relativ oberflächlich waren und bei denen die Machbarkeit nicht nachhaltig entwickelt war.

Der Höhepunkt, der Gipfel des, wie es die „Süddeutsche Zeitung“ titulierte, „Filderdialog“

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Na, na, na! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Süddeutsche Zeitung“!)

waren dann die Gutachten, die in der letzten Woche im Verkehrsausschuss in der Diskussion sozusagen herausgekitzelt wurden. Denn das Verkehrsministerium hatte ein Gutachten für den Gäubahn-Kehrtunnel gemacht. Ich sage dazu nur: Für mich ist das, was hier gemacht wurde, eine Verschwendung von Steuergeldern. Lieber Herr Verkehrsminister, beenden Sie dieses Stand-by-Management in Sachen Stuttgart 21 für eine sinnvolle Lösung bei diesem Filderdialog.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir haben diese Aktuelle Debatte bewusst auch als Chance des Filderdialogs titulierte, weil wir es auch als Chance sehen – wenn wir jetzt diese Variante, die nicht vertragskonform ist, weglassen –, über die Variante zu diskutieren, die die Filderregion betrifft. Da geht es zum einen um das Thema Lärmschutz an der S-Bahn-Strecke nach Leinfelden-Echterdingen. Der zweite wichtige Punkt ist die Gestaltung des Flughafenbahnhofs und in diesem Zusammenhang der Vorschlag, den Flughafenbahnhof so zu gestalten, dass er unterhalb der Flughafenstraße errichtet wird. Diese Chance sollte man jetzt nutzen.

Uns würde deswegen interessieren, wie sich die Landesregierung am Freitag bei dem Abschlussgespräch mit den Projektpartnern positioniert. Das ist das, was wir heute gern wissen wollen. Deswegen haben wir auch die Aktuelle Debatte beantragt. Wir wollen vermeiden, dass es dann womöglich so läuft, wie wir es bei der Volksabstimmung hatten, dass man nämlich als „Häuptling der gespaltenen Zunge“ mit zwei Meinungen in dieses Abschlussgespräch geht.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist gut!)

Wir wollen eine klare Positionierung im Hinblick auf die Verträge und auf die Volksabstimmung zu Stuttgart 21. Das ist das, was wir heute gern hören wollen. Diese Chance sollten wir, glaube ich, nutzen.

Da appelliere ich auch an den Ministerpräsidenten, von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen. Geben Sie ihm das bitte weiter. Ich appelliere hier an ihn, keine Laissez-faire-Politik zu machen, sondern sich klar zu positionieren und die Verhinderungspolitik des Verkehrsministers zu beenden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht die Kollegin Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie interpretiert die Landesregierung das Ergebnis des Filderdialogs? Frau Staatsrätin Erler beantwortete diese Frage am Samstag:

Sie wissen doch, was geht oder was nicht geht. Grüne und SPD bleiben in aller Freundschaft bei zwei Meinungen.

(Lachen bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stimmt, Frau Staatsrätin! Wir wissen, was geht und was nicht geht – vor allem beim Filderdialog –, aber vor allem wissen wir auch, was politisch zumutbar ist. Dass eine Regierung in aller Freundschaft bei zwei Meinungen bleibt, das ist ganz gewiss nicht zumutbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Diese Antwort bringt die gesamte Spaltung dieser Koalition zum Ausdruck. Der eine Teil echauffiert sich, weil Stuttgart 21 nicht rundläuft – dank des Koalitionspartners –, und der andere leidet unter seiner Projektförderungspflicht und der eigenen Zerrissenheit. Denn Sie waren angetreten, Stuttgart 21 zu verhindern, und sind am Willen des Volkes gescheitert. Der Filderdialog sollte das glänzende Modell für Bürgerbeteiligung werden, und Sie sind – Zitat „Stuttgarter Nachrichten“; der Kollege hat es schon gesagt – an „einer unheilvollen Mischung aus Naivität, Unkenntnis und Dilettantismus“ gescheitert.

Sie, Herr Minister Hermann, wollten Ihre eigene Gäubahnvariante mit Umstieg in Stuttgart-Vaihingen diktieren und mit allen Mitteln durchsetzen. Gescheitert sind Sie an fachlichen Fehlern und vor allem an geltendem Recht. Was für eine Bilanz, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben großen Respekt vor dem Engagement der Menschen im Filderdialog. Aber wenn Frau Staatsrätin Erler heute Morgen in dpa schon verlauten lässt, es würde natürlich Frustrationen geben, dann ist das blanker Hohn den Menschen gegenüber, die sich engagiert haben. Sie verhöhnen diejenigen, die den Fehler gemacht haben, Ihnen zu vertrauen. Das, meine Damen und Herren, ist Volksverdummung schlechthin.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Denn eines ist immer klar gewesen: Der Filderdialog muss sich im Rahmen der Volksabstimmung und der geschlossenen Verträge bewegen. Das hat auch der Verkehrsausschuss mit den Stimmen von Grün und Rot beschlossen. Dass dazu eine umsteigefreie Anbindung der Gäubahn an den Flughafen und die Messe mit Durchbindung nach Norden gehört, dass dies die Grundlage für das positive Votum der Menschen an der Gäubahn und in Ostwürttemberg

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und in Hohenlohe!)

war und dass der Vertrag von Lugano einzuhalten ist, all das war nie verhandelbar. Das haben die Projektpartner auch im-

(Nicole Razavi)

mer deutlich gesagt. Das haben auch Sie von der Landesregierung immer gewusst. Jetzt dieser Versuch, Frau Staatsrätin – – Wo ist sie denn?

(Zurufe: Da! – Mehrere Abgeordnete deuten in Richtung Regierungsbank.)

Frau Staatsrätin, dieser Versuch, das Scheitern des Filderdialogs jetzt den Projektpartnern in die Schuhe zu schieben, ist wirklich durchsichtig.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

An der Volksabstimmung konnten alle Baden-Württemberger teilnehmen. Fast 3,7 Millionen Menschen haben von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht, und 2,1 Millionen haben für Stuttgart 21 gestimmt. Beim Filderdialog wurden überhaupt nur 4 750 von 7,5 Millionen Wahlberechtigten angeschrieben. 74 haben sich zur Mitwirkung bereit erklärt.

(Zuruf: Wahnsinn!)

Nur ein Teil ist dabei geblieben. Am Ende haben sage und schreibe 63 von 109 Personen für die sogenannte Hermann-Variante gestimmt. Aber nicht einmal die sind sich einig, wofür sie eigentlich votiert haben. Jetzt soll das Votum von 63 Menschen das Votum der Volksabstimmung außer Kraft setzen, das Votum von zwei Millionen Menschen? Niemals. Das wäre absurd und zutiefst undemokratisch.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Frau Staatsrätin, soll das wirklich der Grundstein für ein neues Denken und für neue Verfahren bei Verkehrsprojekten sein? Es ist doch eindeutig: Das Scheitern dieses Filderdialogs hat die Landesregierung selbst zu verantworten. Das ist ein Scheitern mit Ansage. Sie stehen vor einem Scherbenhaufen. Es ist nicht nur so, dass die Beteiligung schlecht war; Sie haben sogar Befürworter und Gegner so weit auf die Palme gebracht, dass sie sich verärgert abgewandt haben, weil die Prämissen nicht klar waren.

Die Grünen haben den Menschen Alternativen vorgegaukelt, die es nie geben konnte, weil sie keine rechtlichen Grundlagen haben, und Sie haben den Filderdialog zu einem absurden Theater und die Menschen zu Marionetten Ihrer eigenen Interessen gemacht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Am 8. Dezember 2011 haben Sie, Herr Minister, hier nach der Volksabstimmung Folgendes gesagt – ich zitiere –:

Ich sage Ihnen ganz klar: Erstens akzeptiere ich das Ergebnis, und zweitens ist es in einer direkten Demokratie selbstverständlich, dass man in der Regierung Mehrheitspositionen akzeptieren muss.

Wir hatten schon damals erhebliche Zweifel, und diese Zweifel haben sich heute bestätigt. Es ist erschreckend, wie weit Sie zwischenzeitlich von der Wahrheit und der Transparenz entfernt sind. Ihre Variante hatte nie eine rechtliche Grundlage. Es konnte sie also niemals geben. Trotzdem haben Sie viel Geld für Gutachten im Hinblick auf Varianten ausgegeben, die weder dem Finanzierungsvertrag noch dem Ergebnis der Volksabstimmung entsprechen.

Was das Schlimmste ist: Sie haben versucht, das Ganze zu vertuschen und geheim zu halten.

(Zuruf: Nein!)

Im Antrag des Kollegen Kunzmann, Drucksache 15/1728, wurden Sie gefragt, welche baulichen Maßnahmen zur Gäubahn-Anbindung an den Tiefbahnhof notwendig wären und welche konkreten Pläne hierzu vorliegen, und auf diese Frage haben Sie am 27. Juni geantwortet:

Sie

– die Landesregierung –

bittet um Verständnis, dass sie den Beratungen in diesem Rahmen nicht vorgreifen wird und entsprechend ... zu diskutierende Varianten und deren bauliche Realisierungsparameter hier vorab nicht näher analysieren wird.

Die Antwort ist – nach dem, was wir heute wissen – schlicht unwahr, Herr Minister. Kein Wort zu einer Machbarkeitsstudie, die Sie übrigens bereits im März in Auftrag gegeben hatten. Kein Wort zu drei weiteren betrieblichen Untersuchungen der SMA. Erst in einer Sitzung des Verkehrsausschusses haben Sie unter massivem Druck zugegeben, dass es eine Untersuchung gibt; die anderen drei haben Sie weiter verschwiegen.

Fakt ist: Es gibt vier Gutachten. Sie haben dann in der Presse nachgeschoben, die Projektpartner wären eingebunden gewesen. Die haben dann ganz schnell dementiert und klargestellt, dass es nicht der Fall ist. Dann frage ich uns: Warum das alles?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: „Dialüg“!)

Ich sage es Ihnen: Sie haben eine rechtswidrige Variante propagiert, die die Volksabstimmung missachtet.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Stimmt doch gar nicht!)

Sie haben Gutachten in Auftrag gegeben, die nicht das von Ihnen gewünschte Ergebnis ergeben haben. Dann haben Sie die Rahmenbedingungen so oft verändert und verdreht, bis beim dritten endlich das herauskam, was Sie wollten; aber das hat schon lange nicht mehr

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Wie war das mit dem Schlichterspruch?)

Stuttgart 21 und den Vorgaben entsprochen.

Herr Minister, Ihre eigenen Worte holen Sie heute ein. Sie hintertreiben die Beschlüsse der Volksabstimmung,

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Quatsch!)

Sie agieren hinter dem Rücken der Projektpartner, des Parlaments und des Volkes sowie auch hinter dem Rücken Ihres eigenen Koalitionspartners. Sie haben die Projektpartner getäuscht, Sie haben das Parlament getäuscht, und Sie haben die Menschen hier im Land getäuscht.

(Widerspruch bei den Grünen)

(Nicole Razavi)

Wir erwarten von Ihnen heute eine Erklärung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Zuruf von der CDU: Sehr gut! – Abg. Peter Hauk
CDU: Der SPD ist das peinlich!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Frau Kollegin Sitzmann.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das ist schon ein starkes Stück, was hier vonseiten der Opposition abgeliefert wird.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Vom Verkehrsminister! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Die Wahrheit ist das! – Weitere Zurufe)

Ich muss Sie daran erinnern, dass Sie diejenigen waren, die nie in Sachen Stuttgart 21 und mögliche Planungen an Bürgerbeteiligung gedacht haben, sondern alles getan haben, um genau das zu verhindern.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Daraus resultiert auch, dass die Bürgerbeteiligung auf den Fildern viel früher hätte stattfinden müssen, nämlich zu einem Zeitpunkt, als die Planungen noch nicht fix und fertig dalagen, zu einem Zeitpunkt, als es noch Gestaltungs- und Mitsprachemöglichkeiten gegeben hat. Das haben Sie nicht zugelassen. Das ist das Problem an der ganzen Geschichte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt kommen Sie hier immer mit irgendwelchen Gutachten. Ich habe mich einmal – wir waren ja auch lange genug in der Opposition – zum Thema Gutachten kundig gemacht. In einer Mitteilung des Rechnungshofs wird belegt, dass die ehemalige CDU-FDP/DVP-Landesregierung im Zeitraum zwischen 2000 und 2004 336 Gutachten mit einem Volumen von 22 Millionen € vergeben hat –

(Abg. Winfried Mack CDU: Was hat das mit der Volksabstimmung zu Stuttgart 21 zu tun? – Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Dokumentationspflichten durchgängig vernachlässigt. 2006 und 2007 waren es auch noch einmal Hunderte von Gutachten. Mindestens 99 % dieser Gutachten sind bis heute nicht öffentlich geworden, meine Damen und Herren, sondern geheim in den Schubladen der damaligen Ministerien geblieben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Claus Schmiedel SPD: Hört, hört! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also war es ein Geheimgutachten! – Weitere Zurufe)

So viel zu dem Tamtam, das Sie hier veranstalten. Sie haben Gutachten nie öffentlich gemacht.

Ministerien haben das Recht, sich in den Fragen, in denen sie es für nötig halten, gutachterlich beraten zu lassen. Gutachten – wie das, auf das Sie sich beziehen – einzuholen ist legitim. Es steht übrigens auf der Homepage des Ministeriums und kann eingesehen werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kunzmann?

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Nein, zum jetzigen Zeitpunkt nicht.

(Zuruf von der CDU: Weil Sie zu feige sind! – Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Die Kritik von Ihnen in Sachen Bürgerbeteiligung und die Kritik am Filderdiallog weisen wir zurück, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Sitzmann hat das Wort.

(Zurufe von den Grünen: Das war eine Beleidigung!
– Nehmen Sie die Beleidigung zurück!)

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ich habe es akustisch gar nicht verstanden.

(Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Sitzmann hat das Wort. – Bitte schön.

Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir finden, dass der Filderdiallog unter den gegebenen Rahmenbedingungen, die nicht einfach waren – er kam deutlich zu spät und hat in einem extrem engen zeitlichen Korsett stattfinden müssen –, ein beachtlicher Erfolg war, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen – Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Es haben sich über 100 Menschen bis zum Schluss an diesem Dialog beteiligt. Diese haben sich umfassend über verschiedene Varianten informiert. Es war übrigens von Anfang an klar und vereinbart, dass die verschiedenen Varianten im Rahmen des Filderdiallogs vorgestellt werden. Sie haben sich über die Varianten informieren können. Sie haben sich eine Meinung bilden können. Sie haben sich nach einer qualifizierten Beratung auf Empfehlungen geeinigt. Diese Empfehlungen sind mittlerweile auch niedergeschrieben. Ich finde, es sind sehr gute Anregungen darunter, die es zu prüfen lohnt.

Dabei geht es nicht nur um die Frage, welche Variante die bessere ist. Bekanntermaßen haben wir Grünen immer gesagt, dass die Gäubahn-Variante diejenige ist, die wir für besser halten.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

– Auch wir kennen die Vereinbarungen, Frau Kollegin Razavi. Auch wir kennen und respektieren diese Vereinbarungen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist doch Volksverdummung!)

Auch wir haben immer darauf hingewiesen, dass es diese Vereinbarungen gibt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Aber Ihr Minister nicht!)

(Edith Sitzmann)

Außerdem haben wir darauf hingewiesen, dass ein Konsens der Projektpartner erforderlich ist, sollte es eine Veränderung bei den Varianten geben.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das ist schizophren!)

Nur dann ist eine Änderung der Finanzierungsvereinbarung möglich. Es ist aber schon deutlich geworden, dass es diesen Konsens der Projektpartner in Bezug auf die von uns favorisierte Gäubahn-Variante zu unserem Bedauern nicht gibt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also ist die „Hermann-Variante“ gestorben! Sagen Sie es doch!)

Diese Variantendiskussion ist aber nicht das einzige Ergebnis dieses Dialogs, sondern in Rahmen dieses Dialogs wurden auch einige Vorschläge gemacht, die jetzt von den Projektpartnern geprüft, besprochen und dann im Lenkungskreis erörtert werden müssen. Dabei geht es um Verbesserungen, um Lärm- und Erschütterungsschutz und um den Flughafenbahnhof unter der Flughafenstraße.

Es lohnt sich, diese Ergebnisse genau zu betrachten. Diese Empfehlungen können zu realen Verbesserungen führen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie, werte Kollegin und werter Kollege von der Opposition, sich hier hinstellen und alles nur mies- und schlecht-machen, dann erweisen Sie sich selbst, aber auch der Öffentlichkeit einen Bärendienst. Das muss man einmal festhalten.

(Beifall bei den Grünen)

Wenn es dazu kommt, dass S-Bahnhof und Flughafenfernbahnhof zusammenrücken, dann bedeutet das kürzere Wege beim Umsteigen. Dann wird der Bahnhof insgesamt kundenfreundlicher und generationengerechter.

Die Vermeidung von Mischverkehren ist ein wichtiger Aspekt, auch ein Ergebnis des Filderdialogs, das jetzt intensiv diskutiert und beraten werden muss, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Insofern richte ich den dringenden Appell an Sie: Nehmen Sie die Chancen ernst, die der Filderdialog aufgrund des Engagements vieler Bürgerinnen und Bürger gebracht hat. Schauen Sie, worin die Chancen liegen und was wir an den bisherigen Planungen verbessern können. Das ist unsere Aufgabe. Das hingegen, was Sie tun, schadet dem Projekt. Deshalb weise ich das entschieden zurück.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Schmiedel.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Chef persönlich! Die Gratwanderung! – Abg. Peter Hauk CDU: Die zweite Meinung! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er wandert zwischen zwei Welten!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man über die Konsequenzen des Fil-

derdialogs spricht – das ist ja das Thema der Debatte –, dann muss man zunächst einmal den Filderdialog einordnen. So gut es ist, einen Dialog zu führen und Themen mit den Bürgern direkt zu besprechen, so richtig ist es aber auch, klarzumachen, dass diese Gesprächsplattform nie den Anspruch hatte, die erzielten Ergebnisse 1 : 1 umzusetzen.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wussten das auch die Beteiligten?)

– Die Beteiligten wussten selbstverständlich, dass es nicht um eine 1:1-Umsetzung geht, sondern dass es darum geht, verschiedene Varianten, über die noch diskutiert werden kann, weil die Planfeststellung noch nicht abgeschlossen ist, mit ihren Vor- und Nachteile zu erörtern, dass man Begründungen dafür diskutiert, Abschätzungen vornimmt und am Ende natürlich auch ein Meinungsbild abgibt.

Wer also jetzt so tut, als wäre es darum gegangen, irgendetwas 1 : 1 umzusetzen, der bringt das in eine ganz schiefe Ebene. Es ist doch völlig klar, dass man vor dem Hintergrund eines Finanzierungsvertrags, vor dem Hintergrund einer Volksabstimmung, vor dem Hintergrund, dass der Verkehrsausschuss einstimmig bestätigt hat, dass der Finanzierungsvertrag die Grundlage für die Umsetzung von Stuttgart 21 ist, nicht mit einem Bürgerdialog sozusagen diese Grundlage aushebeln kann.

Ob es arg klug war, mit ganz starker Leidenschaft Varianten in den Vordergrund zu bringen, die wenig Aussicht auf eine Umsetzung haben, das mag dahingestellt sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt kommen Sie zur Sache! Weiter! Das gefällt uns! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mit viel Leidenschaft!)

– Ich bin auch leidenschaftlich.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

So ist die Politik. Was soll denn Politik ohne Leidenschaft?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist aber mehr „Leiden“ als „schaft“! – Unruhe)

Da reibt man sich ja dann an nichts.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Heiterkeit)

Wir haben ein Ergebnis. Jetzt geht es darum, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Es ist doch völlig selbstverständlich, dass die Landesregierung mit e i n e r Position in die weiteren Gespräche im Lenkungskreis geht.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Dazu würden wir gern die Landesregierung hören!)

– Ich nehme an, die Landesregierung spricht nachher dazu. Ich könnte mir denken, dass das, was schon – –

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Aber denken können Sie! Das ist wichtig! – Abg. Peter Hauk CDU: Sehr gut! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie denken schon das Richtige! Sagen Sie es doch! – Zuruf von der CDU: Diese Rhetorik spricht Bände!)

(Claus Schmiedel)

Es wurde schon von meiner lieben Kollegin Edith Sitzmann angesprochen: Wir, die SPD, haben der Bahn nach unserer vorletzten Klausur sogar schon als Strichzeichnung den Vorschlag geschickt, Optimierungen im Bereich des Flughafens vorzunehmen. Nicht alle, die zum Flughafen fahren, fliegen mit dem Flugzeug. Einige steigen dort auch um. Den Umsteigevorgang zu erleichtern ist eine tolle Geschichte.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Die kaufen auch ein, parken, essen Currywurst! – Zuruf: Herr Schmiedel, wie viel Platz ist zwischen Ihnen und dem Verkehrsminister? Das sind ja Welten! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Dann müssen wir im Verkehrsausschuss als Konsequenz darüber reden. Wenn es um mehr Lärm- und Erschütterungsschutz über das gesetzliche Maß hinaus geht, dann muss das Land einen Beitrag leisten, sonst wird das nicht kommen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Da muss man auch mit der Stadt Leinfelden-Echterdingen darüber reden, was ihr Beitrag ist. Dann muss es in der Konsequenz konstruktiv im Interesse der betroffenen Menschen weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr gut! – Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

– Da können ruhig alle klatschen.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Heiterkeit)

Dann kommt noch ein dritter Punkt hinzu. Stuttgart 21 ist ein Jahrhundertbauwerk.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jawohl!)

Da sollte man auch an die nächsten Jahrzehnte denken. Es könnte in 30 oder 40 Jahren tatsächlich einmal sein, dass es zu den befürchteten Reibereien zwischen der S-Bahn und der Regionalbahn kommt, wenn die Takte verdichtet sind. Für diesen Fall muss man entlang der Autobahn eine Trasse sichern.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Auch das, glaube ich, gehört als Konsequenz aus dem Filderdialog ins Auge gefasst. Man muss mit dem Verband Region Stuttgart reden und das im Regionalplan verankern. Aus dem Filderdialog sind durchaus konstruktive Ergebnisse zu ziehen.

In einer Diskussion werden immer unterschiedliche Meinungen vertreten; das ist klar. Jetzt ist die Diskussion aber quasi beendet. Jetzt werden die Schlüsse gezogen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Es wird umgesetzt. Dann kehrt wieder Ruhe und Frieden ein.

(Lachen des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: War das ein Intermezzo?)

Abschließend arbeiten alle weiter. Wir sollten wirklich darauf achten, dass wir nicht unnötig Unsicherheiten verbreiten.

(Beifall bei der SPD, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Richtig!)

Das richtet sich auch an Sie, weil dies auch weit hergeholt ist –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Heiterkeit – Zurufe von der CDU: Auch!)

– Das richtet sich an alle.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP)

Das sind weit hergeholt Vorwürfe.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Na, na, na! Sie haben es doch bestätigt!)

– Ich habe gar nichts bestätigt; ich habe das nur eingeordnet.

(Heiterkeit bei der CDU – Zuruf: Ein Archivar!)

Weit hergeholt Vorwürfe irritieren die Leute, weil diese sich dann sagen: Irgendetwas ist vielleicht doch dran. Deshalb sollte man sehr vorsichtig sein und die Bahn im Wesentlichen schaffen lassen.

(Demonstrativer Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schaffen lassen! – Zurufe von der CDU: Bravo! – Zuruf: Sehr gut!)

Ankündigungen, man könne erst 2014 beginnen, sind nicht gut.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie sind auf dem richtigen Weg, Herr Schmiedel! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Schon immer, Herr Röhm, schon immer!)

– Ich bin auch Beobachter. – Das ist schwierig. Wenn der Projektsprecher sagt, man beginne 2013, bekommt er einen Ruffel. Jetzt hat der Technikvorstand gesagt, dass es 2013 losgeht. Bekommt auch er einen Ruffel? Das verwirrt die Leute. Deswegen meine ich: Die Bahn baut das Ding.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Sie wird begleitet. Man sollte die interne Begleitung intern sein lassen. Wenn es Missstände gibt, kann man zum Telefon greifen; man muss das nicht über die Zeitung machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Das sollten wir uns alle vornehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Alle! Wir sind doch beieinander, Herr Schmiedel! – Weitere Zurufe)

Sie tun so, als würde das, was jetzt im Filderdialog als Meinungsbild festgehalten wurde, 1 : 1 zur Umsetzung anstehen und eine große Gefahr bestehen. Die Leute sind irritiert.

(Claus Schmiedel)

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das haben die Leute aber gemeint!)

Das ist falsch. Ich möchte auch noch einmal unterstreichen, dass der Dialog zu spät kommt. Es war aber wichtig, zu sagen: Wir diskutieren öffentlich über die Vor- und Nachteile sowie die Bedenken. Man muss begründen, weshalb man für eine Variante ist oder weshalb man eine Variante ablehnt. In dieser späten Phase war das durchaus nicht einfach; das ist doch völlig klar. Deshalb war der Start auch nicht furios; das ist auch klar. Dass der Dialog aber stattgefunden hat, ist ein Beispiel dafür, wie mit solchen Projekten umzugehen ist. Wir nehmen uns vor, dies beim nächsten Mal eher zu machen. Dann sollten Sie aber auch dabei sein und sagen: Jawohl, wir beziehen die Bürgerschaft ein.

(Abg. Winfried Mack CDU: Einverstanden!)

Dann kann man über die Dinge diskutieren. Deshalb also: runterzonen, richtig einordnen, Konsequenzen ziehen, gemeinsam marschieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Heiterkeit bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das war wirklich nicht einfach! – Zuruf: Ich bin gespannt, was der Verkehrsminister sagt!)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Frau Staatsrätin Erler.

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Herr Präsident, liebe Mitglieder des Landtags! Vor Ihnen steht die viel gescholtene „dilettantische“, „naive“ Staatsrätin.

(Vereinzelt Beifall, u. a. des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE zu Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie sind der einzige Mensch, der so unhöflich ist, an dieser Stelle zu klatschen!)

Bevor ich auf die Ergebnisse und auf den Verlauf des Dialogs zu sprechen komme, möchte ich eine Vorbemerkung machen: Der Dialog war eben das: ein Dialog. Dieser Dialog hat sich dadurch ausgezeichnet – das war vorbildlich; wenn Sie dabei gewesen wären, wären Sie erstaunt gewesen –,

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir waren nicht einmal eingeladen!)

dass viele Menschen, die sich seit Langem über dieses Thema unterhalten, und viele Bürger, die sich seit Langem gedanklich damit befassen, in sehr konstruktive, sehr sachliche und sehr respektvolle Diskussionen eingetreten sind und – das ist das Wesentliche eines Dialogs – nicht nur wechselseitige Monologe gehalten, sondern auch gemeinsam Neues entwickelt haben.

(Beifall bei den Grünen)

Das wiederum ist der Kern. Insofern ist das Verfahren der Bürgerbeteiligung durchaus modellhaft. Ich komme mir bei Ihnen ein bisschen wie in einem Grundkurs Bürgerbeteiligung vor.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Den brauchen wir nicht!)

– Ja, Sie brauchen den nicht. Ich weiß, dass Sie der Ansicht sind, dass Sie das nicht brauchen. Das Wesen von Bürgerbeteiligung in diesem Land mit Blick auf das Verfassungsrecht ist nicht – –

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Sagen Sie einmal etwas dazu, was dafür an Geld ausgegeben wird! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Unglaublich! – Unruhe)

– Ich bitte, hier zu Formen zu kommen, bei denen man zu Ende reden kann. Danach kommen Sie dran.

Das Wesen von Bürgerbeteiligung – das gilt auch für jeden Gemeinderat –, auch für die Zukunft, ist, dass die Bürger Empfehlungen aussprechen, aber keine Entscheidungen treffen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Bürgerbeteiligung bedeutet nicht, dass parlamentarische oder Gremienrechte außer Kraft gesetzt werden,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das hat die CDU noch nicht verstanden!)

sondern dass vonseiten der Bürger mit ihren Prioritäten und Werten beratend eingegriffen wird und es dann den jeweiligen Häusern und Gremien vorbehalten ist, dies zu bewerten. Genau das haben wir – der Moderator Weitz, die Projektpartner und auch ich persönlich – den Teilnehmern an diesem Dialog immer mitgeteilt. So viel sei vorausgeschickt.

Das wird auch weiter so im Land stattfinden. Bürgerbeteiligung ist eine Beratungsform, von der wir hoffen, dass sie zunehmend mit Respekt behandelt wird. Auch das werden wir – das hoffe und glaube ich – in diesem Fall erleben.

Jetzt noch einmal kurz zu den Ergebnissen. Ja, das Votum der dort anwesenden Bürger

(Abg. Peter Hauk CDU: Der restlichen noch anwesenden!)

– der restlichen noch anwesenden; dazu sage ich gleich auch gern noch etwas – und auch einiger Experten war mehrheitlich für die Anbindung der Gäubahn. Aber es ist auch völlig klar, dass – Sie haben gesagt, die Landesregierung spräche mit zwei Stimmen – weiterhin, auch nach diesem Votum und wenn die Mehrheit der Projektpartner diese Hauptempfehlung ablehnt, die Regierung natürlich als Projektpartner diese Mehrheitsentscheidung der Projektpartner akzeptieren wird. Das stand niemals infrage.

(Zuruf des Abg. Winfried Mack CDU)

Es ist aber auch nicht zu erwarten, dass die Mitglieder der Grünen oder die Abgeordneten der Grünen oder Mitglieder in den Bürgerinitiativen plötzlich sagen, sie fänden das Votum falsch. Es ist das Recht, unterschiedliche Positionen weiter zu vertreten.

(Beifall bei den Grünen)

Die Regierung wird diese Entscheidung akzeptieren.

(Abg. Peter Hauk CDU meldet sich.)

(Staatsrätin Gisela Erler)

– Nein, ich bin hier ein Greenhorn. Ich muss zusammenhängend reden, sonst kann ich das nicht.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Staatsrätin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hauk?

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Ich möchte jetzt keine Zwischenfragen gestatten.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So viel zum Dialog! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das ist das Gehörtwerden! – Zurufe von der CDU: Dialog! – Gegenruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Meine Güte! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Dialoge bestehen nicht darin, dass man sich unterbricht.

(Beifall bei den Grünen – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Das hat hier noch keine Staatsrätin von sich gegeben! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sondern darin, dass nur einer redet? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Ich darf um Aufmerksamkeit bitten.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Für den Monolog!)

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Das wichtigste Ergebnis ist – der Kollege Haußmann hat das dankenswerterweise erkannt und herausgearbeitet –, dass die Bürgerbeteiligung mit nur drei Sitzungen eine substanzielle Verbesserung und wahrscheinlich auch eine Veränderung dieses neuen Verkehrsknotens am Flughafen bewirkt hat. Ich bin bekennende Reformistin. Wenn es möglich ist, in einem nach Meinung vieler Leute vermurksten Konzept noch Verbesserungen zu erreichen, dann kämpfe ich leidenschaftlich dafür, so etwas möglich zu machen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Genau dies werden Sie erleben, wenn sich der Sturm der Diffamierung und der Fehlinformationen über diesen Prozess gelegt hat.

(Abg. Winfried Mack CDU: Von wem gehen Sie denn aus? – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist aber auch nicht gerade zimperlich!)

Sie werden mit großer Wahrscheinlichkeit einen besseren Bahnhof erleben, als wir ihn ohne dieses Verfahren gehabt hätten.

(Beifall bei den Grünen)

Sie werden auch erleben, dass das, was den meisten Bürgern am wichtigsten ist, nämlich ein über das gesetzliche Maß hinaus deutlich verbesserter Lärmschutz, noch einmal ernsthaft geprüft und womöglich auch umgesetzt wird. Das ist für die meisten Bürger oben auf den Fildern, egal, welche Variante sie bevorzugt haben, das zentrale Thema. Auch aus diesem Grund bin ich der Ansicht, dass dieser Dialog wahrscheinlich wichtige Ergebnisse für die dortige Region gebracht hat.

Wichtig ist auch – der Kollege Schmiedel hat es schon gesagt – die Trasse, die Oberbürgermeister Klenk, sein Gemeinderat und die SPD als eine Art Rückhaltebecken, falls dieser Zufluss eines Tages doch nicht ausreicht, gefordert haben. Die Mehrheit aller Beteiligten am Dialog war skeptisch, ob die geplante Trasse dem Verkehr in Zukunft wirklich standhält. Dass man dann möglicherweise eine Alternative braucht und sich diese offenhält, auch das ist ein klares Votum dieses Dialogs.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch okay!)

Insofern gibt es sehr sachliche Ergebnisse.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Verbesserungen wären durch ein reines Planfeststellungsverfahren mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erzielt worden. Insofern war in der Rückschau der Dialog für alle und vor allem für Stuttgart 21 sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

So viel zum konstruktiven Beitrag dieser Landesregierung zur Verwirklichung eines Projekts.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt kommen wir zum destruktiven Teil mit der Gäubahn!)

– Der Gäubahnteil ist nicht destruktiv. Bitte erkennen Sie – das ist wichtig –: Es waren vor dem 23. Februar sämtliche Projektpartner an der Erarbeitung des Konzepts für diesen Dialog beteiligt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Stimmt doch nicht!)

– Entschuldigung, es gibt eine Vereinbarung, und alle Projektpartner haben sie unterschrieben. Das ist aktenkundig.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie haben widersprochen! Sie waren an den Variantendiskussionen nicht beteiligt! – Glocke des Präsidenten)

– Das ist nicht wahr.

Präsident Guido Wolf: Frau Staatsrätin, möchten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Razavi zulassen?

(Unruhe)

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Nein.

Präsident Guido Wolf: Das ist nicht der Fall. – Möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kunzmann zulassen?

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Ich werde meine Rede kurz abschließen, und dann werde ich gern auf Fragen eingehen.

Es trifft nicht zu, dass nicht alle diese Varianten genau in der Form, wie sie eingebracht wurden, in der Planung dieses Dialogs mit den Projektpartnern abgesprochen gewesen wären. Das trifft einfach nicht zu. Das ist eine systematische Fehlinformation. Ich will Ihnen auch meine Einschätzung geben: Ich glaube, etliche der Projektpartner haben in der Vorbereitung darüber nachgedacht, ob man nicht doch unter Umständen

(Staatsrätin Gisela Erler)

auch Lockerungen oder Veränderungen an Verträgen vornehmen könnte

(Abg. Peter Hauk CDU: Welche?)

– ich will das nicht vertiefen –, wenn es im Rahmen von Finanzierungsmöglichkeiten eine sinnvollere Lösung gäbe. Denn viele haben auch Zweifel an der jetzigen Lösung.

(Beifall bei den Grünen)

Es ist wahr, dass in dem jetzigen Prozess die Projektpartner außer der Bahn großenteils wieder zurückgewichen sind. Das ist auch in Ordnung. Ich finde es ein wenig schade, aber so ist es gelaufen. Alle gemeinsam haben diese Varianten verabredet, und die Bahn und der Verkehrsminister haben die Grundlagen sehr sauber erarbeitet. Eine Vortäuschung, dass die Projektpartner dies nicht in dieser Formulierung bewusst unterschrieben hätten, ist einfach nicht korrekt. So etwas zu behaupten ist politisch unfair und irreführend.

(Beifall bei den Grünen)

Jetzt noch eine Sache zu diesem verunglückten Ablauf. Dann nehme ich gern Fragen entgegen, wenn Sie sie noch stellen möchten. Ich als Staatsrätin habe immer gesehen, dass der Termin an diesem Freitag vor Pfingsten natürlich völlig abstrus war.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Aufgrund der vielen politischen Zwänge von außen war jedoch ein eigentlich künstlicher Zeitdruck aufgebaut worden. Das Verfahren selbst hätte nie länger dauern müssen, aber dass es so früh starten musste, das habe ich kritisiert und angemahnt, dies zu überdenken. Aber alle Projektpartner aus dem Land waren der Ansicht, dieser Termin sei aus vielen politischen Gründen – nicht internen Gründen – nötig.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zum Beispiel? – Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben doch Zeit gehabt von Februar bis Mai!)

– Nein, wir hatten keine Zeit; es waren sehr komplizierte Vorbereitungen. Sonst wäre das nicht so gelaufen.

Was ist passiert, meine Damen und Herren? Das hat sich um eine Woche verzögert. Welche Verzögerungen haben wir bei der Bahn, bei anderen Projekten, an vielen Stellen im Land?

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wie kann man aus einer Woche Verzögerung einen solchen Skandal machen?

Noch etwas: Wir haben gesagt, wir möchten, wenn möglich, 80 Personen haben. Die waren nicht leicht zu finden. Ein Bürgerbeteiligungsverfahren – das ist noch einmal Grundkurs – ist nicht der Marktplatz von Appenzell.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Danke für Ihre Belehrung! – Abg. Dr. Dietrich Birk CDU: Ihre Belehrungen sind kein Dialog!)

Man muss nicht alle Bürger zusammenbringen, sondern man braucht eine Handvoll.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Haben Sie etwas gegen Appenzell?)

– Ich habe nichts gegen Appenzell, aber wir sind hier nicht in der Schweiz. Wir machen Bürgerbeteiligung, und zwar nicht auf dem Marktplatz von Appenzell. Das ist wieder Grundkurs.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU)

Noch etwas: Das Schlimmste an diesem ganzen Verfahren und das Enttäuschende in puncto Demokratieverständnis war für mich, dass ein veritabler Oberbürgermeister, für den wir jetzt sehr viel erreicht haben – nämlich dass seine Trasse im Gespräch bleibt, der Lärmschutz für seine Bürger sehr ernst genommen wird, der Verkehrsknoten dort oben besser wird –,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das ist unverschämt!)

in seinem Amtsblatt – ich bitte Sie! – seine Bürger dazu aufruft, nicht an einem Bürgerbeteiligungsverfahren teilzunehmen, so,

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

als ob sie sich in eine Spielhölle begeben würden und als ob diese erwachsenen Menschen – mündige Bürger! – davor geschützt werden müssten, sich freiwillig in ein Verfahren hineinzubegeben.

(Abg. Winfried Mack CDU: Verbrennen Sie sich nicht die Finger! Der ist nämlich direkt gewählt!)

Die Bürger waren klug genug, trotzdem mehrheitlich teilzunehmen. Ich halte diesen Aufruf für einen Skandal.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe der Abg. Andreas Deuschle und Dr. Dietrich Birk CDU)

Unter dem Strich werden wir in ein, zwei oder auch fünf Jahren sehen: Es war ein Meilenstein dazu, wie Bürgerbeteiligungsverfahren erfolgreich sein können.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Eher ein Mühlenstein!)

Wir werden sie besser machen – alle miteinander. Auch Sie werden die Bürgerbeteiligung, nehme ich an, unterstützen. Wir werden daraus gelernt haben. Wir werden dieses Projekt weitertreiben. Es wird dem Stuttgart-21-Projekt sehr genutzt haben, dass es dort oben eine bessere Verkehrsführung und bessere Lösungen gibt. Deshalb war dieser Dialog, den Sie so hämisch behandeln, wie Sie das gern tun, ein echter Erfolg – mit Hindernissen und Schwierigkeiten. Das ist die ehrliche Bewertung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie jetzt noch Fragen stellen möchten, will ich sie gern beantworten.

Präsident Guido Wolf: Möchten Sie jetzt die Zwischenfrage des Kollegen Kunzmann gestatten?

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Ja, gern.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Verehrte Frau Staatsrätin, herzlichen Dank für die Zulassung der Zwischenfrage. – Sie haben die zweite Variante, die am Samstag beim Filderdialog zur Abstimmung stand, dargelegt und auch angedeutet – zumindest konnte man es so verstehen –, dass Sie diese Variante einschließlich des Lärmschutzes in Leinfeldern jetzt ernsthaft weiterverfolgen wollen.

Über Wochen und Monate hinweg hat die Landesregierung immer wieder auf den Kostendeckel abgehoben. Diese Variante – so, wie Sie sie jetzt dargestellt haben – kostet ja erheblich mehr Geld als die Antragstrasse –

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Woher weiß man denn das? Das muss man erst untersuchen! Das weiß doch kein Mensch!)

etwa 100 Millionen €. Jetzt wollte ich fragen: Würden Sie diese Trasse auch dann verfolgen, wenn damit der Kostendeckel nicht mehr eingehalten werden könnte?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wo steht denn das?)

Vielen Dank.

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Nur kurz der Hinweis: Der Kostendeckel gilt aus unserer Sicht. Es hat auch noch niemand plausibel dargelegt – wir warten gespannt auf die Berechnungen –, dass ein Bauwerk, das wesentlich weniger in die Tiefe geht und wesentlich weniger bauliche Verwerfungen erzeugt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

so viel teurer sein würde. Wir gehen davon aus, dass es durchaus plausibel ist, dass das Ganze im Rahmen des Kostendeckels zu gestalten wäre.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Walter Heiler SPD: Blattschuss! – Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU)

Ist die Frage damit beantwortet? – Danke schön.

Frau Razavi, Sie haben auch noch eine Frage.

Präsident Guido Wolf: Kollegin Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Staatsrätin, nur noch einmal zur Klärung, damit wir nicht von zwei verschiedenen Dingen sprechen: Natürlich waren die Projektpartner bei der Vorlage der Varianten eingebunden. Aber jetzt frage ich Sie, weil der Herr Minister nicht ans Rednerpult getreten ist, noch einmal:

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er kommt noch, oder? Nur Geduld!)

Waren die Projektpartner bei der Erstellung dieser von mir genannten Gutachten, bei der Erstellung der Rahmenbedingungen eingebunden, und sind die Projektpartner über die Ergebnisse aller Gutachten zu dem Zeitpunkt, als sie vorgelegt wurden, umfassend informiert worden?

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Das weiß ich nicht. Ich weiß, dass die Projektpartner all dem, was dort gesprochen wurde, so, wie es vorgelegt wurde, mit allen Implikationen zugestimmt haben. Ich gehe

nicht davon aus, dass irgendeiner der Projektpartner über die Implikationen nicht im Bilde war.

Zur Frage der Gutachten wird sich der Verkehrsminister noch äußern.

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Nachfrage der Kollegin Razavi?

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Ja.

Abg. Nicole Razavi CDU: Frau Staatsrätin, wären Sie bereit, uns das schriftlich mitzuteilen, und könnten Sie uns dann bitte noch erklären, warum unsere sehr konkret gestellte Frage in dem Antrag des Abg. Kunzmann, Drucksache 15/1728, ob es solche Vorbereitungen, Planungen gibt, falsch beantwortet wurde?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es wurde überhaupt nichts falsch beantwortet!)

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Es ist nach meiner Kenntnis nichts falsch beantwortet worden. Ich werde das mit dem Verkehrsministerium gern klären.

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Gibt es noch weitere Fragen?

Präsident Guido Wolf: Nein.

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler: Okay.

(Heiterkeit)

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Für die FDP/DVP Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir von der FDP/DVP-Landtagsfraktion haben immer betont, dass wir den Filderdialog als solchen für gut halten und begrüßen. Wir wollen uns auch an dieser Stelle bei denjenigen, die sich hierbei ehrenamtlich engagiert und viel Zeit genommen haben, für ihre Teilnahme ausdrücklich bedanken.

Ich bin Herrn Schmiedel ausdrücklich dankbar, dass er noch einmal bestätigt hat, dass man bei der Variante, die man jetzt entwickelt hat, was den Flughafenbahnhof anbelangt, nicht grundsätzlich sagt: „Egal, was wird, der Kostendeckel bleibt.“ Vielmehr müssen wir mit den Projektpartnern darüber sprechen – das halte ich für wichtig – und dafür sorgen, dass man in dieser Diskussion bleibt.

Ich bin Ihnen auch dankbar, dass man das Thema der Trassen-sicherung entlang der Autobahn ebenfalls im Auge behält, um Perspektiven für die nächsten Jahrzehnte zu haben.

Ich glaube, diese Direktanbindung der Gäubahn an den Flughafen hat zwei große Vorteile. Denken wir zum einen an Men-

(Jochen Haußmann)

schen mit Behinderungen oder an Menschen, die aufgrund ihres Alters bewegungseingeschränkt oder gehbehindert sind, und denken wir zum anderen an Familien mit Kindern. Wenn all diese Menschen jedes Mal in Vaihingen umsteigen müssten, wäre dies sicherlich nicht im Sinne dessen, was notwendig ist.

Zum Thema Mischverkehr sollten wir versuchen, die hierzu bestehenden Ängste, meine ich, ein Stück weit zu nehmen. Drei Viertel der Strecken im gesamten S-Bahn-Netz werden durch Mischverkehre genutzt. Teilweise – etwa auf der Remstaltrasse – haben wir sogar auch Güterverkehr; dies wird auf der Gäubahntrasse nicht der Fall sein.

Frau Kollegin Sitzmann muss ich dahin gehend korrigieren – sie ist offenbar gerade nicht im Saal; vielleicht hört sie mir von draußen zu –, dass die Bürgerbeteiligung ja bereits im Rahmen des förmlichen Verfahrens durchgeführt wurde. Es ist also nicht so, dass man die Bürger überhaupt nicht mitgenommen hätte. Vielmehr hat es ein förmliches Verfahren gegeben.

Frau Sitzmann, ich danke Ihnen ausdrücklich für den Hinweis, dass auch die Fraktion GRÜNE anerkennt, dass geltende Verträge bestehen,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist nichts Neues, Herr Kollege! Das haben wir schon immer gesagt!)

und ich danke dafür, dass die Grünen auch anerkennen, dass man bei dieser Variante, die zum Flughafen führt, entsprechend verbessert.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Hunderte nicht öffentlicher Gutachten, Herr Kollege! Hunderte!)

– Aber das Gutachten zum Gäubahn-Kehrtunnel, das wir kritisiert haben, wird natürlich nicht besser, wenn dabei auf alte Gutachten verwiesen wird.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Dieses Gutachten war, auf Schwäbisch gesagt, kropfunötig, weil es sich auf eine Variante bezog, die gar nicht weiterzuverfolgen war.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Zu Frau Staatsrätin Erler möchte ich noch Folgendes sagen: Wir haben nicht gesagt, die Frau Staatsrätin sei dilettantisch oder naiv, sondern wir haben gesagt, dass die Organisation des Verfahrens alles andere als glücklich gelaufen ist. Wenn Sie uns eingeladen hätten, dann wären wir – das sage ich Ihnen – zu diesem Dialog wahrscheinlich auch gekommen. Aber wir haben keine Einladung bekommen – andernfalls wären wir sicherlich gekommen.

Wenn man die Bürgerbeteiligung so stark betont, dann frage ich mich: Warum wurde dies denn im Zuge der Änderung des Landesplanungsgesetzes nicht auch definiert?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Dort hätten Sie die Möglichkeit gehabt, wirklich Bürgerbeteiligung zu definieren.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Da gab es x Regionalkonferenzen und Gespräche vor Ort!)

Zur Organisation kann ich nur sagen: Wer schon beim ersten Knopfloch falsch anfängt, der kommt beim Zuknöpfen nicht mehr in die richtige Reihe.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr gutes Beispiel!)

Das gilt auch für den Filderdialog. Wenn man nämlich diese Trassen der Gäubahn ganz bewusst hätte mitdiskutieren wollen, dann hätte man nicht nur die Menschen aus Leinfelden-Echterdingen in den Dialog aufnehmen dürfen, sondern man hätte auch die Menschen entlang der Gäubahnstrecke aufnehmen sollen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Und der Remstalbahn!)

Ich glaube, es ist auch wichtig, darzustellen, dass für den Projektpartner Bahn die Direktanbindung sehr wichtig ist, auch um die Wirtschaftlichkeit der Gäubahn und des von uns nun geplanten Ausbaus bis Singen zu gewährleisten. Dazu werden als Fahrgäste eben auch die Menschen gebraucht, die vom Flughafen oder von der Messe aus kommen. Es ist daher, meine ich, wichtig, auf diesen Aspekt noch einmal hinzuweisen.

Der Herr Verkehrsminister hatte im vergangenen August Besuch vom Regierungsrat des angrenzenden Schweizer Kantons, und dieser hat dabei noch einmal darauf hingewiesen, dass wir den Staatsvertrag von Lugano einzuhalten haben. Wir sind gehalten, dies zu tun. Die Schweizer sind dabei schon etwas weiter als wir. Es ist daher wichtig, dass wir diese Direktanbindung jetzt auch wirklich vorsehen.

Die Projektpartner stehen bereit; dafür bin ich ausdrücklich dankbar. Was ich allerdings vermisst habe, war ein klares Statement der Landesregierung dazu, wie man sich am Freitag verhalten will. Hierzu habe ich kein klares Statement von der Landesregierung gehört. Aber ich gehe davon aus, dass das Positive überwiegen wird. Die Projektpartner stehen für Gespräche, etwa zum Lärmschutz, bereit; es geht dabei um die Menschen in Leinfelden-Echterdingen, und es geht um die Menschen in Baden-Württemberg. Ich bin, was den Flughafenbahnhof anbelangt, zuversichtlich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Wir wollen auch wissen, was die Haltung der Landesregierung ist. Es sind so viele Fragen offen, und deshalb möchte ich warten, bis der Herr Minister geantwortet hat.

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Herr Kollege Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch ein paar Sätze sagen.

Ich will, Frau Razavi, noch einmal kurz zurückblicken. In dem Papier „Vorschlag für ein Dialogverfahren – Filderdialog“ vom 24. Februar heißt es – ich zitiere –:

Neben der Antragstrasse werden auf jeden Fall weitere Hauptvarianten vertieft behandelt. Die Projektpartner stehen der Einbeziehung weiterer Trassenvorschläge offen gegenüber.

Insofern war klar – die Staatsrätin und auch die Landesregierung haben das dargelegt –, dass man weiteren Anstößen offen gegenübersteht. Es war auch allen immer klar, dass eine Änderung nur kommt, wenn sie im Einvernehmen stattfindet. Das ist immer so kommuniziert worden.

Der Kollege Schmiedel und die Kollegin Sitzmann haben dargestellt: Jetzt gilt es, Konsequenzen zu ziehen, gemeinsam zu marschieren. Auch die Staatsrätin hat in diese Richtung gesprochen.

Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern noch einmal ganz herzlich für ihr Engagement, für die Teilnahme am Filderdialog danken. Das kann sich sehen lassen. Wir möchten ein großes Dankeschön an die Bürgerschaft im Raum Filder für die Teilnahme am Filderdialog aussprechen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir haben Respekt vor der Arbeit der Landesregierung bei dieser schwierigen Materie. Die Rahmenbedingungen waren klar: der Finanzierungsvertrag, der Kostendeckel, aber auch die Bedenken der Bürgerschaft, der Kommunen dort oben. Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen kann sich das Ergebnis sehen lassen.

Das Ergebnis ist Ihnen bekannt: Es geht um Verbesserungen beim Lärmschutz, beim Erschütterungsschutz. Es geht um die Station Flughafen-Fernbahnhof. Frau Kollegin, diese Verbesserungen bei der Station Flughafen-Fernbahnhof bedeuten: S-Bahn und Fernverkehr rücken näher zusammen. Das Umsteigen wird leichter. Auch für ältere Menschen wird es leichter, weil sie nicht so viele Wege zurücklegen müssen. Höhenunterschiede werden ausgemerzt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Diese Verbesserungen können Sie nicht kleinreden. Ich sehe das als einen Erfolg des Filderdialogs und bin der Landesregierung dankbar, dass diese Bürgerbeteiligung hier geklappt hat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Jetzt bleibt die Frage der Gäubahnführung, die strittig im Raum stand. Die Kollegin Sitzmann hat es dargestellt: Die Fraktion GRÜNE hätte sich eine andere Gäubahnführung gewünscht. Das muss geprüft werden; keine Frage.

Ich will noch einmal auf den Schlichterspruch hinweisen, der die Offenhaltung der Gäubahn dargelegt hat. Nach meiner Kenntnis möchte die Bahn für ihr Notfallkonzept die Gäubahn selbst frei halten. Es ist also auch im Interesse der Bahn, die Gäubahn frei zu halten.

Das, was der Kollege Schmiedel sagt, dass man im Regionalplan eine Paralleltrasse zur Autobahn sichert, ist natürlich nur konsequent. Als ebenso konsequent sehen wir es an, dass man eine bestehende Eisenbahntrasse nicht aufgibt, sondern sie für den Eisenbahnverkehr erhält. Dadurch hat man eine höhere Flexibilität.

(Beifall bei den Grünen)

Kurzum: Ich meine, das Verfahren hat sich gelohnt. Wir werden künftig stärker auf die Bürgerbeteiligungsprozesse ausgehen. Ich danke noch einmal der Landesregierung für dieses Engagement in der Sache.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht Minister Hermann.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst einige Ausführungen zum Filderdialog als Dialog machen und auch darauf eingehen, wie er zustande gekommen ist, und danach will ich auf eine Reihe von Einwüfen, Kritikpunkten, Fragen und, wie ich finde, auch vielen Behauptungen, die so nicht zutreffen, eingehen. Damit hoffe ich, auch eine Reihe von Ihren Fragen gleich mit beantwortet zu haben.

Meine Damen und Herren, es war der Landesregierung und meinem Haus sowie der Fraktion GRÜNE und der SPD-Fraktion natürlich vollkommen klar, dass es nach all den Jahren der Nichtbeteiligung von Bürgern an einem so schwierigen und wichtigen Projekt, in einer Situation, in der dieses Land tief gespalten war, schwierig sein würde, in einer Endphase, nachdem mit dem Volksentscheid bereits eine Bürgerbeteiligung stattgefunden hatte, nochmals mit den Bürgern zu diskutieren. Es war klar, dass dies nur in einem engen Rahmen und unter vielen Vorgaben stattfinden würde und dass es außerordentlich schwierig sein würde, die Menschen zu einem Dialog einzuladen.

Warum haben wir das trotzdem gemacht? Weil der Filderbereich der einzige Bereich war, in dem das Planfeststellungsverfahren noch gar nicht eingeleitet war,

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

und weil auf den Fildern offenkundig sehr viel Kritik an den bisherigen Plänen der Bahn vorhanden war, und zwar sowohl von den Kommunen als auch von den Bürgerinnen und Bürgern. Das haben wir aufgegriffen.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, die Führung der Deutschen Bahn hat nach dem Volksentscheid nicht gesagt: „Wir ziehen das Ding durch; wir haben jetzt die Mehrheit.“ Sie hat sich vielmehr mit dem Ministerpräsidenten und mit mir in Berlin zusammengesetzt und hat gefragt: „Was können wir besser machen? Wie können wir die nicht erfolgte Bürgerbeteiligung jetzt, am Ende, noch verbessern? Was können wir im Filderbereich tun, um zu einer Verbesserung zu kommen?“

Das war für uns die Grundlage, die Grundvoraussetzung dafür, dass wir diesen Filderdialog angestrebt haben. Das war

(Minister Winfried Hermann)

wirklich die Grundvoraussetzung. Es war völlig klar, dass wir für diesen Bürgerdialog auch einen Rahmen setzen müssen und den Bürgern auch von Anfang an klarmachen müssen, was geht und was nicht geht.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Deshalb steht in unserer Vereinbarung auch ganz eindeutig: In diesem Filderdialog kann Stuttgart 21 nicht mehr grundsätzlich infrage gestellt werden. Das steht in diesem Papier ausdrücklich drin.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch eine Selbstverständlichkeit nach der Volksabstimmung!)

– Sie bestreiten doch genau diese Selbstverständlichkeit immer wieder. Frau Razavi unterstellt mir regelmäßig, ich würde das nicht anerkennen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt doch auch!)

Wir haben das in dieses Papier hineingeschrieben, weil auch wir gesagt haben: Der Volksentscheid gilt,

(Abg. Peter Hauk CDU: Und damit auch die Rohrer Kurve und der Flughafenanschluss!)

und die Menschen müssen wissen, dass dort nicht diese Grundsatzzdebatte geführt wird, sondern darüber gesprochen wird, was man auf den Fildern besser machen kann.

Meine Damen und Herren, ich finde, man kann den Bürgern, die da mitgemacht haben, wirklich nur Dank sagen, dass sie sich, obwohl die Bedingungen eng waren, trotzdem auf den Dialog eingelassen haben. Die Bürger haben, wenn sie Zeitung gelesen haben, zudem mitbekommen, dass von Anfang an beispielsweise die FDP, die CDU und eine Reihe von Politikern anderer Parteien Einfluss in dem Sinn genommen haben, dass sie gesagt haben: Darüber darf man gar nicht diskutieren. Sie haben heute sogar gesagt, es wäre rechtswidrig, dass man über Varianten diskutiert. Das ist aber ganz anders vereinbart worden.

(Beifall bei den Grünen)

Es ist von Andreas Schwarz schon kurz angesprochen worden: In diesem gemeinsamen Papier – einem gemeinsamen Papier, das die Deutsche Bahn mitgetragen hat, das die Stadt Stuttgart mitgetragen hat und das der Regionalverband mitgetragen hat –, welches die Voraussetzung dafür war, dass das Verfahren überhaupt in die Wege geleitet wurde, haben wir formuliert:

Neben der Antragstrasse werden auf jeden Fall weitere Hauptvarianten vertieft behandelt. Die Projektpartner stehen der Einbeziehung weiterer Trassenvorschläge offen gegenüber.

Als Ergebnis des Dialogverfahrens soll den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ... die Möglichkeit geboten werden, Stellungnahmen zum Vorhaben abzugeben, die einer Empfehlung an die Projektpartner entsprechen.

Ich wiederhole: „die einer Empfehlung an die Projektpartner entsprechen“. Auch daran, dass es sich nur um eine Empfeh-

lung handeln kann, haben wir nie irgendeinen Zweifel gelassen.

Weiter heißt es in diesem Papier:

Die Projektpartner werden nach Abschluss der Bürgerbeteiligung das Ergebnis gemeinsam bewerten und im Lenkungskreis beschließen, welche Überlegungen aus dem Dialogverfahren im laufenden Planfeststellungsverfahren berücksichtigt werden können.

Auch das war eine Verpflichtung. Sie, aber auch Oberbürgermeister Schuster und Regionalverbandspräsident Bopp haben aber laufend öffentlich erklärt, das ginge nicht, das wäre nicht möglich. Das ist exakt das Gegenteil dessen, was wir gemeinsam mit diesen Herren vereinbart haben.

(Glocke des Präsidenten)

Sie haben das mitbesprochen und mitbeschlossen.

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage – –

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu, weil ich sonst all Ihre Fragen, die Sie schon gestellt haben, nicht beantworten und auch nicht auf all Ihre Vorwürfe eingehen kann. Ich arbeite sie immer noch ab.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben doch unendlich Zeit! Keine Redezeitbegrenzung!)

Es geht weiter:

Sollte sich aus den Empfehlungen des Dialogverfahrens eine andere Trasse als konsensfähige Alternative aufdrängen, werden die Projektpartner deren Machbarkeit anhand der auch für diese Variante geltenden Planungsprämissen und Bewertungskriterien ernsthaft prüfen.

– Nicht übernehmen, sondern ernsthaft prüfen.

Dabei können die Planungsprämissen und Bewertungskriterien nochmals gemeinsam überprüft werden.

Jetzt sage ich Ihnen eines: All das, von dem Sie, Herr Haußmann, Frau Razavi, in Ihren ganzen Reden gesagt haben, es sei nicht zulässig, man dürfe es nicht machen, steht genau in dieser Vereinbarung drin: Das ist zulässig, und es ist sogar vereinbart worden, dass wir offen darüber reden. Von Anfang an war klar – für die Bahn wie für die anderen Projektpartner –, dass wir, beispielsweise aufgrund des Vorschlags der SPD-Fraktion und auch einiger Anwohner auf den Fildern sowie Bürgermeister, eine dritte Trasse an der Autobahn bauen könnten. Das war übrigens auch nicht Teil der Finanzierungsvereinbarung. Selbstverständlich hat man das berücksichtigt. Einige andere Punkte waren ebenfalls nicht Teil der Finanzierungsvereinbarung. Trotzdem haben wir uns als Projektpartner auf sechs Varianten

(Abg. Peter Hauk CDU: Aber die Grundlage der Volksabstimmung war eine andere! Flughafen! – Gegenruf von den Grünen: Ruhe!)

beschränkt und verständigt. Wir haben gesagt – auch wenn die Volksabstimmung stattgefunden hat, die nicht jeden Punkt

(Minister Winfried Hermann)

geregelt hat; jetzt sage ich es, weil Sie es gern von mir hören wollen –: Verträge gelten, aber Verträge kann man ändern –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Aber“ kommt sofort!)

im Konsens mit allen Vertragspartnern. Auch das haben wir immer wieder kommuniziert.

(Beifall bei den Grünen)

Deswegen ist es besonders daneben, dass Sie immer so tun, als hätten wir irgendjemanden im Unklaren gelassen. Gerade ich habe mich in mehreren Interviews genau darauf bezogen und habe das immer wieder gesagt.

Ich habe mich übrigens im ganzen Verfahren sehr zurückgehalten. Ich habe mich nur an einer Stelle immer zu Wort gemeldet: Ich habe, wenn – von wem auch immer – gesagt wurde: „Das geht nicht, und das geht nicht, und das geht nicht“, deutlich gemacht: Es gibt Varianten; wir haben uns auf diese verständigt, und eine dieser der Varianten ist auch die Anbindung der Gäubahn an den Tiefbahnhof und nicht die Direktanbindung. Das war auch – –

(Abg. Peter Hauk CDU: Nein! Garantiert nicht! – Gegenruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Hauk hat es noch immer nicht verstanden!)

– Lieber Herr Hauk, Sie waren an diesem Verfahren nicht beteiligt, das ist wahr. Deswegen können Sie manches nicht wissen. Sie hätten aber mit Ihren Parteifreunden reden können. Herr Oberbürgermeister Schuster und seine Mitarbeiter der Stadt waren bei allem beteiligt. Übrigens war in den meisten Bereichen auch das Finanz- und Wirtschaftsministerium beteiligt, also auch der andere Teil der Regierung, der manches ja auch anders beurteilt.

(Abg. Peter Hauk CDU meldet sich. – Abg. Peter Hauk CDU: Ich versuche es noch einmal, Herr Präsident!)

Der Regionalverband war immer höchststrangig mit Mitarbeitern vertreten. Am Ende haben wir uns gemeinsam auf die sechs Varianten, die wir zur Diskussion stellen, verständigt.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, es gibt einen weiteren Versuch des Kollegen Hauk, eine Zwischenfrage zu stellen.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Kollege Hauk darf mir am Ende, wenn er seine Frage noch nicht beantwortet gefunden hat, die Frage gern stellen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich verzichte! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr gut!)

Nun komme ich zu den Ergebnissen des Filderdialogs. Sie meinen, dieser Dialog sei gescheitert. Sie beurteilen das Verfahren ziemlich von oben herab. Ich finde, wer es 20 Jahre lang nicht geschafft hat, mit den Bürgern über dieses Projekt richtig zu diskutieren, der sollte mit seinen Belehrungen und Ratschlägen bezüglich der Bürgerbeteiligung sehr bescheiden sein.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Die Schwierigkeiten dieses Dialogs haben viel damit zu tun, dass er lange nicht geführt wurde und dass manche nun gedacht haben: „Jetzt müssen wir den Dialog ganz grundsätzlich führen“, und wir ihnen sagen mussten: „Das ist leider schon zu spät, aber ihr könnt noch über Varianten in diesem Bereich nachdenken, auch über solche, die weit über das hinausgehen, was bisher gedacht wurde.“

Viele Menschen haben sich engagiert. Sie haben es heute z. B. völlig versäumt, einmal die Inhalte dieser Debatte zu bewerten. Da ist z. B. eines sehr eindeutig herausgekommen, nämlich dass die bisher geplante Variante der Bahn, die Antrags-trasse, der Umbau des S-Bahnhofs und der Fernbahnhof, von allen Teilnehmern komplett abgelehnt worden ist – komplett abgelehnt worden ist. Sogar die Bahn selbst hat sich in diesem Verfahren nicht mehr auf die alte Antragsvariante beschränkt,

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Hört, hört!)

sondern sie hat viel Konstruktives dazu geleistet, dass es dort zu einer besseren Lösung kommt. Sie halten in Ihren Reden aber noch immer am Alten fest.

(Abg. Peter Hauk CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Das ist doch ein wirklich guter Beitrag dieses Dialogs, das dort voranzutreiben. Wir haben heute eine Gemeinsamkeit in dem Dialog und übrigens auch in der Landesregierung, dass wir sagen: „Wir wollen nicht, dass der S-Bahnhof umgebaut und im Mischverkehr betrieben wird. Diesen Mischverkehr wollen wir nicht haben. Deswegen wird er nicht umgebaut werden.“ Ich hoffe doch, dass das auch die gemeinsame Empfehlung der Projektpartner am Freitag sein wird.

Dann haben wir dort gefunden, dass wir eine sehr viel höher liegende, parallel zur S-Bahn, also kundenfreundlich angelegte, einfachere Variante eines Fernbahnhofs haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ist doch in Ordnung!)

bei der ich überzeugt bin, dass dies kostengünstiger zu machen ist als das sehr viel schwierigere Tiefbahnhofskonstrukt mit all seinen Problemen, die es im Betrieb mit sich bringt.

Das ist auch ein richtig großer Erfolg. Außerdem haben die Bürger deutlich gemacht, dass sie mehr Lärmschutz wollen. Auch diesbezüglich gibt es einen breiten Konsens.

Darüber hinaus haben alle gesagt: Man muss sich Gedanken über ein Konzept für die Gäubahn machen. Die einen sagen, man müsse sie für den Fernverkehr nutzen. Die anderen sagen, man müsse sie für den Nahverkehr nutzen. Auch das ist ein klarer Auftrag. Außerdem haben alle gesagt, dass wir insgesamt zu Verbesserungen kommen müssen.

Vollkommen ignoriert haben Sie, dass zwei Drittel der dort anwesenden Bürger gesagt haben: Wir wollen die Gäubahn an den Fernbahnhof in Stuttgart anbinden, aber nicht an den Flughafenbahnhof, weil wir dadurch große Vorteile sowohl beim Regional- als auch beim Fernverkehr realisieren können und zudem einen Mischverkehr vermeiden.

(Minister Winfried Hermann)

Das war die Grundüberzeugung von zwei Dritteln der dort Anwesenden. Das andere Drittel machten übrigens „Profis“, Mitarbeiter des Projekts, aus, wenn ich das einmal so verkürzt darstellen darf. Unter den Bürgern war die Mehrheit noch sehr viel deutlicher. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen, wenn man die Ergebnisse des Dialogs bewerten will.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Dann müssten Sie auch die Singener, die Konstanzer beteiligen!)

Zudem ist positiv hervorgehoben worden: Wir müssen Vaihingen zu einem besseren Umsteigebahnhof ausbauen, und zwar unabhängig von der Variante. Wir brauchen eine bessere Umsteigemöglichkeit in Vaihingen zwischen den Fernzügen und den Zügen, die eine Anbindung zum Flughafen ermöglichen, und zwar schon vor der Fertigstellung des Projekts.

Auch das ist ein schöner Vorschlag. Die Bahn hat schon signalisiert, dass sie sich vorstellen kann, die für später ohnehin geplante Maßnahme vielleicht vorzuziehen, weil sie heute schon einen Nutzen mit sich bringt.

Jetzt komme ich zu dem „netten“ Vorwurf – anfangs habe ich mich sehr darüber geärgert, inzwischen muss ich darüber grinsen –, ich hätte Geheimgutachten in Auftrag gegeben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Würden Sie nie tun! – Vereinzelt Heiterkeit)

– Nein, das würde ich nie tun. Da ich die Akten und Unterlagen des Hauses inzwischen gut kenne, weiß ich, was für Aufträge Sie alles erteilt haben, wie Sie das Parlament nicht informiert haben und wie viel Geld Sie ausgegeben haben. Demgegenüber sind wir doch sehr bescheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Die Projektpartner haben sich in Vorbereitung des Dialogs darauf verständigt, die verschiedenen Varianten aufzubereiten, sodass man z. B. weiß, ob sie funktionieren und ob sie machbar sind. Ohne uns, die Landesregierung, zu fragen, hat der Flughafen eine Expertise in Auftrag gegeben, um eine Verbesserung des Flughafenbahnhofs zu erreichen. Andere Projektpartner – auch die Bahn – haben sich Gedanken gemacht, wie man andere Elemente verbessern könnte, und haben auch Expertisen in Auftrag gegeben.

Im Sinne der Arbeitsteilung haben wir gesagt, dass wir uns einmal die Gäubahn anschauen und überlegen, wie diese eingebunden werden kann. Schriftlich haben wir das als einen Auftrag von Heiner Geißler angesehen. Sie haben mehrfach gefragt, ob wir zum Schlichterspruch stehen. Ja, wir stehen dazu. Es war ein Element des Schlichterspruchs, die Gäubahn leistungsfähig anzubinden. Wir haben das überprüft und dazu eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU meldet sich.)

Auch das haben wir nie verheimlicht. Diese Studie – es war kein Gutachten – lag übrigens allen Projektpartnern etwa seit März vor. Ich könnte Ihnen sogar das genaue Datum nennen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP meldet sich.)

Hätten Sie nur einmal mit den Bürgermeistern und den Regionalpräsidenten Ihrer Partei gesprochen, hätten Sie es erfahren können.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bullinger?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Auch da gilt: Zum Ende meiner Rede gern.

(Abg. Peter Hauk CDU: So viel zum Thema Dialogfähigkeit der Regierung!)

Während der Verkehrsausschuss versucht hat, mir zu unterstellen, ich würde Geheimgutachten in Auftrag geben und das Parlament nicht informieren, stand, wie ich hinterher erfahren habe – leider habe ich es in der Ausschusssitzung noch nicht gewusst – bereits ab 14:07 Uhr am selben Tag dieses Gutachten auf unserer Homepage.

(Vereinzelt Heiterkeit bei den Grünen)

Wer stellt schon Geheimgutachten auf seine eigene Homepage?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn es herausgekommen ist!)

Das kann man nur machen, wenn man annimmt, dass sich die anderen die Homepage nie anschauen. Dann wäre das ein geheimes Versteck. Ich glaube aber nicht, dass das funktioniert.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Dieses „Gutachten“, die Studie – unter einem Gutachten verstehen wir etwas anderes – besteht aus einigen Plänen dieser Art und ein paar Seiten Erläuterungen; es war eine Expertise zur Machbarkeit – nicht mehr und nicht weniger.

Das Gleiche gilt für sämtliche SMA-Überprüfungen aller Varianten. In Absprache mit den Projektpartnern haben wir den Auftrag erteilt, das überprüfen zu lassen. Das haben wir so gemacht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Alles falsch!)

– Nur Frau Razavi, die nie dabei war, weiß alles besser und weiß, wie es wirklich war.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, der Filderdialog war eine Chance, dieses Projekt zu verbessern. Der Filderdialog hat diese Chance genutzt. Es gab positive Beiträge. Man hätte noch mehr daraus machen können, auch aus den Vorschlägen. Wenn Sie nicht reihenweise gesagt hätten: „Geht nicht! Nicht erlaubt! Verboten!“, dann wäre vielleicht mehr möglich gewesen. Sie haben übrigens auch selbst die Chance verspielt, an der Bürgergesellschaft teilzunehmen; denn Sie haben zum Filderdialog außer Beschimpfungen und den Äußerungen „Geht nicht! Machen wir nicht! Wollen wir nicht!“ eigentlich gar nichts beigetragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, jetzt kommen die Zwischenfragen des Kollegen Kunzmann und des Kollegen Dr. Bullinger. – Herr Kollege Kunzmann, bitte.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Minister Hermann, ich habe eine Frage. Wir haben im Verkehrsausschuss ausführlich über das Thema Gutachten und über die Stellungnahme zu meinem konkreten Antrag Drucksache 15/1728 gesprochen. Meine Frage, nachdem Sie dies noch einmal öffentlich dargestellt haben, lautet erstens: Warum haben Sie auf meine konkrete Frage bzw. in der Stellungnahme zum Antrag

(Abg. Walter Heiler SPD: Was denn jetzt?)

diese Pläne nicht offengelegt? Warum wurde in der Sitzung des Verkehrsausschusses auch zunächst nicht bestätigt, dass es solche Pläne gibt?

Zweiter Punkt: Würden Sie Ihre Berichtspflicht gegenüber dem Landtag so beschreiben, dass wir nach Beginn der Sitzung des Verkehrsausschusses im Internet nachforschen müssen, ob Ihre Stellungnahme vom 16. Mai richtig bzw. vollständig ist?

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Herr Kunzmann, Sie haben sich in Ihrem Antrag nach Plänen erkundigt.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ja!)

Wir hatten keine Pläne. Sie haben im Verkehrsausschuss nach einem Gutachten gefragt. Es gab aber kein Gutachten. Deswegen habe ich auch zuerst Ihre Frage nicht verstanden;

(Abg. Peter Hauk CDU: Es gab eine Studie! – Gegenruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Hören Sie doch zu!)

wir verstehen unter einem Gutachten einen größeren Auftrag, bei dem man anschließend ein ordentliches Stück Papier bekommt und bei dem man ein paar Monate braucht, um den Sachverhalt zu eruieren. Das war eine bescheidene Expertise.

(Abg. Winfried Mack CDU: „Expertise“ war das?)

Ich sage es Ihnen noch einmal: Die Beratungsgesellschaft, die die damalige Landesregierung per Globalvertrag in Bezug auf Stuttgart 21 schon seit Jahren gut dotiert beschäftigt, haben wir u. a. deswegen, weil sie viele Grundkenntnisse hat, gebeten, uns dazu etwas auszuarbeiten. Das war das, was Sie dann Gutachten nennen. Aus dem gleichen Grund haben wir auch nicht von Plänen gesprochen. Es wurden keine Pläne ausgearbeitet,

(Abg. Winfried Mack CDU: Sehr schwach!)

sondern es wurde die Machbarkeit untersucht, also untersucht, ob eine Gäubahnbindung möglich ist und, wenn ja, wie in etwa ein Tunnel gelegt werden müsste. Dazu haben sie eine Skizze und einige Überlegungen geliefert, mehr nicht.

Nochmals zur Veröffentlichung: Wir hatten – wie gesagt: ich wusste selbst nicht, dass das schon geschehen ist – nur Tage zuvor gesagt: Wir stellen alle Informationen, die es gibt, auf die Homepage. Warum sage ich „wir“?

(Abg. Peter Hauk CDU: Justament an diesem Tag um 14:07 Uhr!)

– Nein, das war schon vorher.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ein Schelm, wer Übles dabei denkt!)

Wir hatten als Projektpartner eigentlich vor, eine gemeinsame Darlegung –

(Abg. Peter Hauk CDU: „Eigentlich“? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister Hermann hat das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Wir hatten als Projektpartner vor, gemeinsam alle Gutachten mit den Unterlagen für die am Dialog Beteiligten zusammenzustellen. Da wir uns darauf nicht verständigt haben, haben wir, das Ministerium, entschieden, dann das, was uns vorliegt, auf der Homepage zu veröffentlichen. Dann kann jeder nachlesen, was wir dazu haben.

Ich habe keinerlei Interesse daran, irgendetwas zurückzuhalten.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Was ich an Ihrem Vorwurf unlogisch fand, war, dass Sie mir vorwarfen, ich würde ein Gutachten in Auftrag geben, das meine Position stützt und stärkt, und dieses Gutachten würde ich dann geheim halten.

(Abg. Winfried Mack CDU: Der Vorwurf kam von der SPD!)

Was für eine Logik ist es, dass man ein Gutachten, das die eigene Position stärkt, geheim hält?

(Beifall bei den Grünen – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Der Vorwurf kam von der CDU!)

Spätestens da müssten Sie einmal über die Gesetze der Logik und Ihre Argumentationsweise nachdenken.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Stammt der Vorwurf jetzt von der CDU oder von der SPD? – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Eine Nachfrage, Herr Kollege Dr. Bullinger, bitte.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Minister Hermann, bisher diskutieren wir immer über die Gäubahnstrecke Richtung Tiefbahnhof Stuttgart, also darüber, ob die Menschen, die aus Richtung Singen kommen, dann nochmals umsteigen müssen oder nicht.

Mir geht es vor allem um eines: Das endet damit nicht. Auch der Fernverkehr ist davon betroffen: die Strecke von Nürnberg nach Crailsheim und weiter über die Remsbahn bis zum

(Dr. Friedrich Bullinger)

Tiefbahnhof Stuttgart und ohne umzusteigen zur Messe Stuttgart bzw. zum Flughafen Stuttgart und weiter nach Zürich, früher sogar bis nach Milano. Wenn ich es richtig weiß, haben wir einen Regionalexpress für 2019 oder 2020 in Planung, sodass man ohne Umsteigen von Nürnberg nach Singen und ebenfalls zum Tiefbahnhof Stuttgart und zum Flughafen Stuttgart fahren kann. Wie wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, die unter diesen Voraussetzungen pro Stuttgart 21 gestimmt haben, nun im Nachhinein erklären, dass dies alles nicht so komme und man jetzt wieder in Vaihingen umsteigen solle? Das ist eigentlich eine Rosstäuscherei, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf: Das ist eher Ihr Problem, nicht unseres!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. Ich bin immer wieder über diejenigen erstaunt, die Zweifel daran hatten, ob man überhaupt eine Volksabstimmung durchführen darf, ob das überhaupt rechtskonform ist, ob das verfassungswidrig ist, und gefragt haben, ob man nicht vor den Staatsgerichtshof gehen muss. Wir haben einen sehr einfachen Vorschlag unterbreitet, nämlich ein Kündigungsgesetz. Sie deuten jetzt die Entscheidung für ein Kündigungsgesetz auch noch als Entscheidung über Fahrpläne für einzelne Strecken. Das geht zu weit.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Man kann nur hoffen, dass diese Rede öffentlich wird! Das ist das Letzte! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Eine Aufgabe der SMA-Überprüfung war, festzustellen, ob die verschiedenen Varianten mit den Plänen in dem Vertrag, dem Angebot 2020, vereinbar sind. Eine der Aufgaben von SMA war, zu überprüfen, ob es Kollisionen gibt – dazu hat das Unternehmen auch etwas vorgelegt –, ob es geht oder nicht geht oder ob es Schwierigkeiten macht. Es war so, dass im Großen und Ganzen alle Varianten möglich waren, wobei auch klar war, dass man manches im Detail nachprüfen muss.

Ich will Ihnen aber noch etwas anderes sagen. In diesem Dialog haben Bürgerinnen und Bürger gefragt: Welche empirischen Untersuchungen wurden eigentlich durchgeführt, um festzustellen, wie viele Menschen von Rottweil oder von Singen umsteigefrei zum Flughafen kommen wollen?

(Zuruf von den Grünen: Null!)

Die Befürworter der Direktanbindung an den Flughafen haben immer geantwortet, dass sie ein Gutachten hätten. Wir haben dann nachgefragt, z. B. beim Flughafen, wo die Gutachten sind. Der Flughafen hat uns gesagt: Wir können das Gutachten leider nicht herausrücken, weil das Gutachten auf diese Frage keine Antwort gibt. Wir haben im Rahmen des Flughafenbaus Anfang dieses Jahrhunderts eine pauschale Studie erstellen lassen, welches Potenzial der Flughafen Stuttgart prinzipiell und damit auch ein Flughafenbahnhof haben. Aus den allgemeinen Aussagen wurde dann in der Region abgeleitet, es gäbe ein wahnsinnig hohes Potenzial für umsteigefreie Bahnverbindungen zum Flughafen. Das ist nie untersucht worden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Messe!)

Allein der Verkehrsverbund Stuttgart hat eine Kleinanalyse zu S-Bahn-Nutzern gemacht. Die Zahlen, die ermittelt wurden, liegen noch nicht einmal im vierstelligen Bereich, sondern unter tausend. Das ist eine Größenordnung, mit der man normalerweise einen Halt in einem Dorf, aber nicht den Neubau eines Bahnhofs am Flughafen begründet.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Peter Hauk CDU: Unsäglich!)

Was ich damit sagen will, ist: Wir brauchten dringend eine sorgfältige empirische Analyse des tatsächlichen Bedarfs. Denn es ist herausgekommen, dass viele Bereiche dieses Projekts empirisch nicht wirklich abgesichert sind. Vielmehr waren es immer politische Behauptungen und Aussagen der Betreiber des Projekts, die lauteten: „Das ist so; das bringt etwas.“ Man hat das aber nie geprüft. Dazu kann ich nur sagen: Es wäre gut gewesen, wenn Sie das eine oder andere Gutachten hätten erstellen lassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Minister, es liegt noch eine Nachfrage des Kollegen Mack vor. Möchten Sie sie noch zulassen? – Er nickt.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister, vor der Volksabstimmung hat die Landesregierung eine Broschüre herausgegeben. Ich nehme an, Sie kennen die Broschüre und ihren Inhalt. Darf man davon ausgehen, dass der Inhalt dieser Broschüre bei der Volksabstimmung eine Rolle gespielt hat?

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Vielen Dank, Herr Mack. Diese Broschüre hat mit Sicherheit eine Rolle gespielt, weil sie der eine oder andere gelesen hat. Wir haben aber keine Volksabstimmung über die Broschüre gemacht,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ah!)

sondern wir haben eine Volksabstimmung über ein Kündigungsgesetz durchgeführt.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Frage hat er doch gar nicht gestellt!)

Präsident Guido Wolf: Keine Nachfragen?

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Nein!)

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Danke.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön.

Meine Damen und Herren, die Regierung hat, auch wenn man die vielen Zwischen- und Nachfragen in Abzug bringt, mehr als 50 % der Redezeit der Kolleginnen und Kollegen des Landtags in Anspruch genommen, sodass die Möglichkeit besteht, jeder Fraktion noch etwas Redezeit zuzugestehen. Ich schlage vor, dass jede Fraktion maximal drei Minuten zusätzliche Redezeit erhält.

Für die Fraktion der FDP/DVP erhält Herr Kollege Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Gretchenfrage, die wir gestellt haben, nämlich wie die Landesregierung oder der Verkehrsminister am Freitag in den Dialog mit den Projektpartnern geht, ist nicht beantwortet. Wir sind daher gespannt, wie man damit umgeht. Wir haben aber aus den Reden des Verkehrsministers, der Frau Staatsrätin und der Fraktionsvorsitzenden Sitzmann und Schmiedel interpretiert, dass man sicherlich im Hinblick auf die geltenden Verträge die Trasse zum Flughafen weiter forcieren wird.

Ich darf den Verkehrsminister zumindest dahin gehend korrigieren, dass auf der Homepage des Ministeriums nur die Teile zu finden sind, die vielleicht im Sinne des Verkehrsministeriums sind, die ihm zuträglich sind. Auf jeden Fall ist dies keine vollständige Veröffentlichung der Gutachten. Wenn man sagt, man möchte die Gutachten veröffentlichen, dann habe ich schon die Bitte, dass alle Teile veröffentlicht werden und nicht so getan wird, als ob man das schon immer so transparent dargestellt hätte. Wenn Sie der früheren Regierung vorwerfen, dass sie hier keine Transparenz an den Tag gelegt habe, dann sollten Sie selbst mit entsprechendem Beispiel vorgehen. Das darf ich, glaube ich, hier festhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE: Spärlicher Beifall!)

Wir gehen einfach einmal davon aus, dass im Hinblick auf die Notwendigkeit des Lärmschutzes und des Standorts des Flughafens der weitere Prozess mit den Projektpartnern fortgesetzt wird.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Standort des Flughafens? Das ist ja nicht neu! Wohin wollen Sie den denn bauen?)

Ich hoffe, dass man die Blockadehaltung, die auch im Verkehrsausschuss immer wieder thematisiert wurde – auch von unserer Fraktion –, aufgibt und nicht grundsätzlich sagt: „Über Mehrkosten wird überhaupt nicht gesprochen“, wenn man die Möglichkeit hat, im Sinne der Bürger in Leinfelden-Echterdingen, in der Filderregion etwas tun. In dieser Region wohnen über 200 000 Menschen. Insofern begrüßen wir auch ausdrücklich diesen Teil des Ergebnisses des Filderdialogs. Aber wir sagen nochmals: Hätten wir gleich über die richtigen Varianten diskutiert, wäre aus dem Dialogprozess wesentlich mehr an Ergebnis herausgekommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht die Kollegin Razavi.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir heute von der grünen Seite dieses Hauses und von der Landesregierung gehört haben, ist die pure Verdrehung von Tatsachen

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Jetzt aber!)

und der dreiste Versuch, ihre Niederlage und ihr Scheitern als Erfolg darzustellen.

(Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Sie haben eine Stunde lang nicht zugehört!)

Da muss ich wirklich fragen: Glauben Sie denn allen Ernstes, was Sie uns gerade erzählt haben?

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo ist denn die Frau Staatsrätin? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie schreibt die nächste Einladung! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Bürgernah!)

Sie werfen mir gerade vor, ich würde über Dinge reden, die ich gar nicht wissen kann. Ihr Pech ist aber, dass ich es doch weiß.

Bevor ich darauf eingehe, bitte ich Sie, mir einen Fall zu nennen, bei dem eine frühere Landesregierung – egal, welche – auf schriftliche Nachfrage der Opposition ein Gutachten nicht benannt hat. Wenn Sie mir einen Fall nennen, dann stimme ich Ihnen zu. Aber diesen müssen Sie bringen.

(Zuruf des Abg. Thomas Marwein GRÜNE)

Jetzt zu den Gutachten: Sie haben gerade erzählt, alles wäre transparent. Sie haben am letzten Mittwoch genau ein Gutachten auf die Homepage gestellt, nämlich das vom 28. Juni. Alles andere haben Sie aber nicht auf die Homepage gestellt. Jetzt sagen Sie, das seien keine Pläne. Aber „dummerweise“ habe ich die Unterlagen dabei. Da gibt es noch ein Gutachten oder eine Untersuchung oder einen Plan – nennen Sie es, wie Sie wollen; auf jeden Fall sind Pläne und schöne Bilder drin –

(Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

vom 22. März.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Hoi!)

Ferner gibt es ein Gutachten vom 16. April. Beide stammen von SMA. Schlussendlich gibt es noch das Gutachten vom 28. Juni.

Lassen Sie mich einmal aus diesen Gutachten zitieren, damit uns einmal klar wird, warum der Minister diese ersten zwei Gutachten verschwiegen hat. Das Ergebnis des Gutachtens der SMA vom 22. März – betrachtet wird der gesamte Bahnknoten – lautet – ich zitiere –: Gegenüber der Antragstrasse

keine signifikante Veränderung der Betriebsqualität: entlastende Effekte (weniger Mischverkehr) werden durch belastende Effekte (Abzweig Nürnberger Straße) in etwa kompensiert.

Das heißt, Ihre Variante taugt nicht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!)

Zum Ergebnis der zweiten Untersuchung der SMA: Best-Variante ist die „Poethke-Variante“. Die „Poethke-Variante“ – zu unserer Information – ist die Flughafenstraße. Das heißt, die betrieblich optimierte Lösung des Flughafens mit der La-

(Nicole Razavi)

ge des Bahnhofs unter der Flughafenstraße ist die Best-Variante – also wieder nicht die „Hermann-Variante“ mit der Anbindung an den Hauptbahnhof. Das heißt, auch hier, in Ihrem eigens bei SMA in Auftrag gegebenen Gutachten, ist Ihre Variante gescheitert.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jetzt kommen wir zu dem Ergebnis des 28. Juni, Herr Minister. Da haben Sie – das lässt sich, wenn man sich fachlich etwas auskennt, eindeutig belegen – die Rahmenbedingungen so weit zurückgeschraubt, dass von dem Bahnknoten als Auftrag für die Untersuchung gar nicht mehr die Rede war, sondern nur noch über die Gäubahn gesprochen wurde.

Da heißt es – auch da nicht optimal, wohl eher zu Ihrer Zufriedenstellung als bei den anderen beiden –, die „Hermann-Trasse“ würde zwar eine Entmischung auf den Fildern mit sich bringen, allerdings wären gravierende Probleme auf der Strecke die Folge. Bei der Haltestelle Nürnberger Straße müssten die Züge aus Schwäbisch Hall eine problematische Trassenführung einnehmen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Richtig!)

Sie würden dann am Flughafen enden. Dort brauchen sie jedoch eine Wendemöglichkeit, und diese sieht Ihre Trasse überhaupt noch nicht vor. Dafür gibt es weder Geld noch eine Planung.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Herr Minister, Sie haben diesem Haus gerade eben die Unwahrheit gesagt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Das ist eine Unverschämtheit!)

Ich muss sagen, das ist ein dreister Versuch, nicht nur dieses Parlament, sondern auch die Öffentlichkeit zu täuschen.

(Zurufe – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die Projektpartner haben über die Medien und auch selbst eindeutig bestätigt, dass sie von diesen beiden Untersuchungen nichts wussten und Sie ihnen nur die zur Kenntnis gegeben haben, die Ihnen ins Konzept passen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Jetzt gehen wir einmal weiter, wenn ich darf.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Die drei Minuten sind, glaube ich, vorbei! – Weitere Zurufe, u. a. Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt wird's eng! – Glocke des Präsidenten)

Thema „Flughafenstraße und Bürgerbeteiligung“: Das Wesen der Bürgerbeteiligung – Frau Staatsrätin Erler ist nicht mehr da – ist, dass man die Menschen ernst nimmt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Grundkurs 2: Bleibe anwesend bis zum Ende!)

Das haben Sie bei diesem Bürgerdialog nicht getan. Sie haben den Menschen gesagt: „Wir fragen euch einmal, und egal,

was dabei herauskommt, es muss dann doch anders gehen, weil das, was wir euch vorgegaukelt haben, rechtlich überhaupt nicht geht.“ Sie sind diejenigen, die die Menschen frustrieren. Sie sorgen hier für deutlich mehr Politikverdrossenheit.

Jetzt zum Ergebnis. Wenn Sie jetzt zurückrudern und schon heute Morgen im Vorfeld dieser Parlamentsdebatte die Dinge über dpa verbreiten, ist das wirklich eine grobe Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! – Zuruf des Abg. Walter Heiler SPD)

Eines ist auch klar: Wir sind für jede Verbesserung zu haben, die im Rahmen der Verträge – –

(Unruhe)

– Herr Präsident?

Präsident Guido Wolf: Sie haben das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Wir sind für jede Verbesserung zu haben, die im Rahmen der Volksabstimmung und der Finanzierungsverträge umsetzbar ist. Aber, Herr Minister, jetzt zitiere ich Sie noch einmal sinngemäß. Sie waren derjenige, der immer gesagt hat: Der Kostendeckel ist einzuhalten; wer mehr will, muss sagen, woher das Geld kommt.

Sie als Minister und die Landesregierung stehen hier in der Pflicht. Ich frage Sie: Was haben Sie seit Sonntag gemacht? Sie wussten seit Samstag, dass Ihre Trasse nicht umsetzbar ist. Jetzt frage ich Sie: Haben Sie schon Geld besorgt?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Warum soll das mehr kosten?)

Sie sollten einen Fehler nicht machen. Wenn Sie meinen, Sie könnten diese Kosten der Bahn als Projektkosten aufhalsen und sozusagen eine neue Falle aufstellen – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollegin Razavi, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Nicole Razavi CDU: Am Schluss gern. Lassen Sie mich den Gedanken zu Ende führen.

Wenn Sie jetzt eine neue Kostenfalle aufstellen und uns dann sagen, das Projekt scheitere, weil der Kostendeckel überschritten sei, glauben Sie bloß nicht, dass die Deutsche Bahn AG und die Projektpartner auf diese Falle hereinfallen. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie jetzt gestalten und das umsetzen, was beim Filderdialog an Verbesserungen herausgekommen ist, und vor allem danach schauen, woher das Geld kommt.

Jetzt ein Signal an die SPD.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollegin Razavi, würden Sie bitte zum Schluss kommen?

Abg. Nicole Razavi CDU: Ich komme zum Schluss. – Jetzt sind Sie gefordert. Bereiten Sie diesem Treiben des Ministers ein Ende. Das kann so nicht weitergehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Kollegin, ich habe noch eine Frage. Sie haben Mehrkosten in den Raum gestellt. Können Sie uns beziffern, woher diese Kosten kommen, um welche Summen es geht und warum Sie davon ausgehen, dass es zu Mehrkosten kommt?

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Schwarz, das ist wieder ein Versuch von Ihnen, mir etwas unterzujubeln.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Ich habe nicht von Mehrkosten geredet. Wenn die Flughafenstraße oder welche Verbesserung auch immer nicht mehr Geld kostet, sind wir sofort mit dabei. Aber wenn es Mehrkosten gibt, dann muss die Landesregierung erklären, woher das Geld kommt. Nichts anderes haben wir gesagt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der
CDU: So ist es! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abg. Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich muss noch einmal nachfragen: Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass auch Sie nicht wissen, ob es momentan Mehrkosten gibt, dass Sie sagen: „Es gibt momentan keine Mehrkosten“?

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Schwarz, das, was Sie hier machen, ist doch wirklich lächerlich.

(Zurufe von den Grünen)

Wir sind als Fraktion hier im Parlament überhaupt nicht dafür zuständig, Kosten zu benennen. Das tun vielmehr die Bahn, der Bauträger und im Zweifel die Landesregierung. Wir erwarten einfach – – Sie können uns doch nicht vorwerfen, wir würden das Verfahren nicht offen begleiten. Natürlich tun wir das. Aber es muss eben am Schluss das Richtige herauskommen. Wenn Mehrkosten entstehen – –

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen)

– Ich weiß nicht, warum Sie lachen. Sie müssen einmal darüber nachdenken, was Sie hier gerade sagen. Wir sind doch nicht dafür zuständig, die Kosten zu benennen. Wenn es keine Mehrkosten gibt, prima.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Gut, prima! Dann
haben wir die Antwort!)

Aber wenn es sie gibt, müssen Sie und vor allem die Landesregierung sagen, woher das Geld kommt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Schmiedel das Wort.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Liebe Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch drei Bemerkungen machen.

Über Gutachten, Stellungnahmen, Projektskizzen – was immer das ist – und über die Frage, was veröffentlicht und was nicht veröffentlicht worden ist, werden wir im Ausschuss noch einmal sprechen. Dort gehört es hin. Das kann hier niemand nachvollziehen.

Das Zweite: Die Grundlage des Filderdialogs war, dass die Projektpartner offen für Varianten sind. Dass dann aber die Stadt und die Region zu einer Variante geäußert haben, diese komme für sie nicht in Betracht – auch wir haben uns geäußert –, hatte eben damit zu tun, dass man als unbefangener Leser von Zeitungen den Eindruck haben konnte, die Landesregierung wolle partout eine Variante durchsetzen. Um keine falschen Erwartungen zu wecken, haben wir dann eben gesagt, was wir davon halten.

Deshalb muss man für künftige Dialoge ...

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kunzmann?

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das kann man
nachher noch machen!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: ... wirklich berücksichtigen: Wenn Projektpartner sagen, sie seien offen für Varianten, beinhaltet das nach unserer Auffassung nicht, dass sich einer in der Öffentlichkeit ganz vehement für eine Variante einsetzt. Das war ein bisschen ein Problem. Aber das ist jetzt auch Schnee von gestern, weil ja, wie gesagt, die Konsequenzen gezogen werden.

Etwas anderes muss man für künftige Dialoge auch noch berücksichtigen. Der Begriff „Filderdialog“ besagt ja schon, dass es ein lokaler Dialog ist. Bürger, Beteiligte von den Fildern sind eingeladen. Wenn aber im Rahmen dieses Dialogs über Varianten diskutiert wird, die gravierende Auswirkungen auf andere Regionen haben, deren Bürger nicht beteiligt sind, muss man sich das Format noch einmal durch den Kopf gehen lassen. Wenn man aus lokaler Sicht sozusagen grundsätzliche Weichenstellungen vornimmt – auch als Empfehlung –, die gravierende Auswirkungen auf andere Regionen in Baden-Württemberg haben, muss das in diesen Regionen zu dem Gefühl führen: „Uns hört man nicht.“

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Man spricht zwar über uns in einem Bürgerdialog, aber wir als Bürger sind nicht gefragt.“ Deshalb muss man bei künftigen Dialogen, die wir uns ja wünschen, berücksichtigen, dass man ein Format vorsieht, das auch die jeweils Betroffenen zu Wort kommen lässt und bei dem nicht das Gefühl entsteht: Da sprechen einige Bürger über andere Bürger, ohne dass diese eine Chance haben, beteiligt zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der
FDP/DVP)

Jetzt, finde ich, ist es aber an der Zeit, nicht mehr zurückzublicken, sondern nach vorn zu blicken und in dieser Woche

(Claus Schmiedel)

mit den Projektpartnern die Konsequenzen zu ziehen. Vor allem dürfen wir jetzt nicht weitere verwirrende, kaum nachvollziehbare Diskussionen führen, sondern müssen fragen: Ist auch das Land bereit, zu einem verbesserten Lärmschutz wie im Rheintal beizutragen?

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Wir haben das noch nicht definitiv besprochen. Aber ich gehe davon aus, dass es da bei der SPD eine Aufgeschlossenheit gibt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Davon können Sie bei der CDU auch ausgehen!)

Das Zweite: Man sollte nicht von vornherein so tun, als würden Verbesserungen im Bahnhof gleich Unsummen zusätzlicher Gelder verschlingen. Kein Mensch weiß, ob das so wäre. Dazu gibt es auch ein Gutachten des Flughafens, das zu anderen Ergebnissen kommt als das, das die Bahn bisher auf den Tisch gelegt hat. Das weiß ich aber auch nur vom Hörensagen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Schmiedel, Herr Abg. Kunzmann möchte gern eine Zwischenfrage stellen.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Er wird ungeduldig. Okay.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Er ist ungeduldig.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Bitte.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Vielen Dank, Herr Kollege Schmiedel, für das Zulassen der Zwischenfrage. – Den Teilnehmern des Filderdialogs ging eine Auswertung aller Trassenvarianten, die diskutiert wurden, zu. Was dabei zur entsprechenden Flughafentrasse ausgeführt wurde, kann man auch auf der Homepage zum Filderdialog nachlesen, für die, meine ich, das Ministerium verantwortlich ist. Dort heißt es unter 4.5 – Kosten –:

Eine grobe Kostenschätzung der DB lässt für diese Variante

– also die Variante 2, die 44 Stimmen erhalten hat –

Mehrkosten von rund 100 Millionen € gegenüber der Antragstrasse erwarten. Die Flughafen Stuttgart GmbH

– das haben Sie gerade angesprochen –

geht von Mehrkosten von rund 80 Millionen € aus.

Jetzt möchte ich fragen: Wie stehen Sie zum Kostendeckel? Würden diese Kosten bei der Umsetzung dieser Variante zusätzlich der Lärmschutzmaßnahmen den Kostendeckel sprengen? Wären Sie, wenn das der Fall wäre, bereit, über diesen Kostendeckel neu zu diskutieren?

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Natürlich nicht!)

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Geißler hat auf solche Fragen immer geantwortet: „Wenn mein Pferd eine Katze wäre, könnte sie den Baum hochreiten.“

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das steht in den Unterlagen!)

Das weiß doch jetzt noch niemand. Man muss doch zunächst einmal mit den Projektträgern verabreden, dies genauer zu untersuchen. Das sind doch nun wirklich nur Skizzen; hierzu gibt es noch gar keine genaueren Untersuchungen oder Gutachten, die wirklich belastbar wären. Das sind Abschätzungen. Aber ich gehe mit Frau Erler völlig einig: Der jetzt geplante Tiefbahnhof ist verdammt tief. Wenn man sich die Maßnahmen am Flughafen sparen könnte, dann würde auch etwas übrig bleiben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich! Keine Frage!)

Lassen Sie uns das einmal untersuchen und die Ergebnisse auf den Tisch legen, und dann reden wir darüber, wie es weitergeht. Einen Schritt nach dem anderen! Es trägt ja auch nicht zum Verständnis der Bürgerinnen und Bürger bei, wenn immer gefragt wird: „Was machen Sie, wenn ...?“

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das sind doch Ihre Unterlagen!)

– Ich habe heute gar keine Unterlagen dabei.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das sind doch Unterlagen der Landesregierung!)

– Die Landesregierung hat halt das, was sie auf dem Tisch hat, bisher dort präsentiert. Wenn dem Votum, der Empfehlung nachgegangen wird, beim Flughafen die Bahnhofssituation zu verbessern, dann muss man das jetzt richtig erheben. Das kann man doch jetzt nicht irgendwie so aus dem Ärmel schütteln.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Aber was war denn auf dem Tisch?)

Dazu braucht man belastbare Materialien, und solche belastbaren Materialien liegen nach meinem Kenntnisstand weder seitens der Bahn noch seitens des Flughafens vor. Das sind grobe Abschätzungen, und das muss man jetzt weiter untersuchen.

Das war jetzt ein etwas blöder Abgang; dafür gibt es nicht einmal Applaus.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen
– Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Eitel sind wir gar nicht!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Herr Abg. Schmiedel.

Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Die Aktuelle Debatte unter Punkt 1 der Tagesordnung ist damit beendet.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Meldegesetz der Bundesregierung stoppen – Datenschutz stärken – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat eine Gesamtrededzeit von 40 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner und Rednerinnen in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Mi-

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

nuten. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Das Wort für die Fraktion GRÜNE erhält Herr Abg. Salomon.

Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich noch ganz gut an die Debatte zur Datenschutzverordnung erinnern, die wir vor Kurzem hier geführt haben, und habe dabei noch das Hohelied der Bundesregierung sowie der Oppositionsfractionen über den hohen Standard des Datenschutzes im Ohr. Man hat sich gegenseitig auf die Schulter geklopft und zum Ausdruck gebracht, wie zufrieden man doch sei. Es hieß, wir hätten einen so hohen Datenschutzstandard, dass wir auf diesem Feld eigentlich gar nichts mehr weiter tun müssten. Damals dachte ich – zumindest hatte ich die Illusion –, dass wir nun alle Datenschützer sind.

Leider hat sich dies jedoch nicht bestätigt. Denn zwischen dem damaligen Zeitpunkt und heute liegt ein Vorfall, der Anlass zu folgender Kritik bietet – mit Einverständnis der Präsidentin möchte ich einige Beispiele zitieren –: Da wird von „gesetzlichem Wahnsinn“, „Unsäglichkeit“ und von einem „Geschenk an die Werbewirtschaft“ gesprochen. Diese Formulierungen finden sich nicht etwa in einem unserer Parteiprogramme, und sie wurden auch nicht von Renate Künast oder sonstigen Politikern so gewählt, sondern es sind drei der obersten Datenschützer in Deutschland, die ihre Kritik so formuliert haben, nämlich Thilo Weichert aus Schleswig-Holstein, Thomas Petri aus Bayern sowie Peter Schaar als Bundesdatenschutzbeauftragter.

Last, but not least möchte ich auch noch Herrn Klingbeil – er ist heute anwesend – zitieren, der uns gestern seine Einschätzung zum Meldegesetz gegeben hat. Er spricht von „völlig inakzeptablen Änderungen“. Das spricht Bände. Bei uns allen, vor allem aber bei den Datenschützern müssten daraufhin eigentlich alle Alarmglocken schrillen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt kann man sich natürlich fragen: Was ist eigentlich passiert? Warum regen sich die Datenschützer so auf? Ich kann Ihnen sagen, was passiert ist: Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat regiert, und dabei kommt so etwas heraus. Es gibt einen großen Aufschrei.

(Der Redner hält die Titelseite der „taz“ vom 10. Juli 2012 in die Höhe. – Abg. Winfried Mack CDU: Schauen Sie einmal, wie viele Bundestagsabgeordnete im Plenarsaal sind! Schauen Sie da mal rein, wie viele Abgeordnete von Ihrer Fraktion überhaupt da sind! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Zehn, und Claudia Roth vor dem Fernseher! – Abg. Winfried Mack CDU: Von der SPD sind zwei Abgeordnete drin!)

– Schauen Sie einmal drauf; ich kann Ihnen diesen Artikel nachher geben, und Sie können sich das einmal durchlesen, um zu erfahren, was Ihre Regierung im Bund so macht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Damit wir alle im Bilde sind, möchte ich aus diesem Gesetz, dessen Kritiker von einem „Ausverkauf der Bürgerrechte“ sprechen, zitieren. Bei diesem Gesetz – dem Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens – geht es letztlich um § 44 Absatz 4, den ich in seiner Vollständigkeit vorlesen möchte, damit hinterher niemand sagen kann, er habe es nicht gewusst und habe nie etwas davon gehört, bevor er darüber abgestimmt habe. Ich zitiere:

Es ist verboten, Daten aus einer Melderegisterauskunft zu Zwecken der Werbung oder des Adresshandels zu verwenden,

- 1. ohne dass ein solcher Zweck gemäß Absatz 1 Satz 2 bei der Anfrage angegeben wurde, oder*
- 2. wenn die betroffene Person gegen die Übermittlung für jeweils diesen Zweck Widerspruch eingelegt hat.*

Jetzt kommt aber das i-Tüpfelchen an dem Ganzen, und daran entzündete sich die Kritik hauptsächlich, denn weiter heißt es:

Dies gilt nicht, wenn die Daten ausschließlich zur Bestätigung oder Berichtigung bereits vorhandener Daten verwendet werden.

Diese neue Formulierung enthält den eigentlichen Zündstoff. Von einer regelgemäßen Einwilligungslösung könnte nämlich nur dann gesprochen werden, wenn dann eine Einwilligung erteilt werden müsste, wenn der Bürger will, dass er in die Dateien von Adresshändlern aufgenommen wird oder wenn er Werbung beziehen möchte. Diese Regelung wurde geopfert. Sie wurde durch eine Widerspruchslösung ersetzt, die – dieser Einwand kam auch vonseiten der EU – insbesondere für ältere Menschen oder auch für Migranten sehr schwer zu verstehen ist. Vorgesehen ist jetzt, dass der Bürger Widerspruch einlegen muss, wenn er keine Werbung will oder wenn er keinen Adresshandel mit seinen Daten möchte. Andernfalls ist dieser Regelung zufolge jede Weitergabe von Daten durch den Staat legitim. Das kann aber aus unserer Sicht nicht sein.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Diese Verschärfung ist für uns ein Einfallstor. Damit wird dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet, und letztlich wird den Adresshändlern und der Werbewirtschaft sogar der rote Teppich ausgerollt. Aus unserer Sicht ist das ein frontaler Angriff auf die informationelle Selbstbestimmung, und dabei machen wir nicht mit. Wir haben bereits gesagt, dass wir dies im Bundesrat ablehnen werden.

Ich kenne Ihre Haltung. Sie werden jetzt sagen: „Wir sind ja auch alle dafür; Datenschutz ist wichtig.“ Das jedoch ist ein Feigenblatt; es ist nichts weiter als scheinheilig. Ich werde Ihnen später auch noch zeigen, wie sich Ihr Bundesinnenminister bei diesem Thema ziemlich in die Nesseln gesetzt hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Gerade für die FDP, die sich selbst gern als Bürgerrechtspartei bezeichnet, ist dieses Thema interessant. Eigentlich habe ich gedacht, die FDP habe aus der Steuerdebatte gelernt. Aber für mich ist es immer wieder gut zu erkennen, wie sehr diese Partei der verlängerte Arm von Lobbyinteressen ist. Ich fin-

(Alexander Salomon)

de, das geht nicht. Sie befördern damit gerade das, wovon Frau Razavi gerade gesprochen hat, nämlich die Politikverdrossenheit. Diese Angelegenheit führt wirklich zu Politikverdrossenheit. Was wir dagegen tun, ist, die Leute mitzunehmen. Das ist der große Unterschied zwischen uns.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Dabei ist es eigentlich ganz einfach. Man kann es sich etwas vergegenwärtigen: Es geht um die Föderalismuskommission I; die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für das Meldewesen liegt beim Bund; die Zuständigkeit hierfür wurde von den Ländern an den Bund abgegeben. Wir konnten daran auch nichts mehr machen und mussten den Rahmen, der im Bund vorgegeben werden sollte, zunächst abwarten.

Aber überwältigt von der eigenen Gesetzgebungskompetenz – ich habe Ihnen die kritischen Kommentare schon wiedergegeben und kann dies auch gern noch einmal tun – haben Sie auf allen Kanälen – ich finde es immer sehr bemerkenswert, wer sich alles dazu gemeldet hat – zum ungeordneten Rückzug aufgerufen. Sie haben auf den Scherbenberg, den Sie ohnehin schon hinterlassen haben, noch einen Scherbenhaufen aufgesetzt und diesen Berg dadurch noch höher gemacht.

Bemerkenswert finde ich, dass man sofort einen Schuldigen ausgemacht hat. Man meint, diesen mit dem CSU-Innenexperten Hans-Peter Uhl gefunden zu haben, und man sagt, dieser sei schuld gewesen, denn er habe am Tag zuvor im Innenausschuss „handstreichartig“ beschlossen, dass die Adresshändler und die Werbeindustrie nun eine solche Regelung bekommen müssten.

Man soll mich hier nicht falsch verstehen. Ich glaube, mit Hans-Peter Uhl hat man schon den Richtigen getroffen. Dieser Politiker ist gerade im Bereich Netzpolitik und Medien bereits eine bekannte Größe.

Ich fand es dann auch ziemlich interessant – das konnte man auf „abgeordnetenwatch“ nachlesen –, was Herr Uhl morgens im Deutschlandradio gesagt hatte: Es gehe ja eigentlich bei dieser ganzen Regelung eher um die armen Abiturienten, die 30 Jahre später herausfinden müssen: Wo ist denn eigentlich mein Abiturkollege inzwischen? Ich will ihn einladen.

Für mich ist das einfach nur ein Schönreden. Es ist ein Mittel, um das verkorkste Unterfangen zu rechtfertigen. Ich glaube, da sollte man sich einfach einmal eingestehen, dass die Kritik berechtigt ist. Dazu sollte man auch stehen und jetzt nicht den Schwarzen Peter an Herrn Uhl abgeben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Aber ich will auch der Mythenbildung vorbeugen, weil natürlich viel kursiert. Ich möchte auch nicht, dass die „weißen Ritter“ Hans-Peter Friedrich als Innenminister und vor allem Ilse Aigner so leicht davonkommen. Ich glaube, die ganze Geschichte, dass die Bundesregierung unschuldig ist, gehört ins Märchenbuch. Sie müssten eigentlich zur Kritik stehen und dürften den Schwarzen Peter nicht weitergeben. Denn momentan wird ja wirklich gesagt: Keiner war es. Im Zweifel war es der andere, oder vielleicht war es am Schluss doch die FDP.

Ich habe jetzt am Schluss noch die ganz obskure Anschuldigung gehört: Eigentlich war es gar nicht die Regierung, sondern es war die Opposition, denn die hätte in ihrer Kritik lauter sein müssen.

(Heiterkeit des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE – Zuruf von der CDU: Die war ja gar nicht im Plenarsaal!)

Das wird letztendlich völlig obskur, wenn Sie sich auf die Opposition verlassen müssen. Wir verhindern es letztendlich im Bundesrat.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Aber das große Spielchen will ich noch einmal kurz erwähnen, weil mich das sehr irritiert hat. Der Großmeister Seehofer in diesem Spiel, der auch in der Netzgemeinde mit seinen Facebook-Partys ziemlich bekannt ist, hat sich dann auf diese fast „shitstormartige“ Flutwelle der Netzgemeinde –

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Seien Sie vorsichtig mit diesem Wort!)

– Das ist ein Wort, das man durchaus verwenden kann, weil es zutrifft. – Ich werde Ihnen einfach sagen, was er zu dem 57-sekündigen Bundestagstrauerspiel gesagt hat:

Es ist ein dicker Fehler, und der muss korrigiert werden, und die Bayerische Staatsregierung wird zur Korrektur dieses Fehlers beitragen.

Jetzt ist die Frage: Wieso ist das vorher nicht passiert? Letztendlich glaube ich nicht daran. Herr Uhl ist in der gleichen Partei wie Herr Seehofer. Angeblich war auch die Vorlage des Innenausschusses 13 Tage vorher da. Es gab sogar eine Formulierungshilfe des Innenministeriums. Da kann man letztendlich nicht glauben, dass das wirklich wahr ist.

Den Urgedanken des Gesetzesvorschlags will ich auch noch einmal zitieren, weil das wichtig ist und weil das auch in der Debatte nicht vorkam. Ich möchte da aus der Beschlussempfehlung des Innenausschusses zitieren:

Ein weiterer Schwerpunkt der mit diesem Gesetz angestrebten Fortentwicklung des Meldewesens knüpft an die Funktion des Meldewesens als zentraler Dienstleister für die Bereitstellung von Daten

– und jetzt genau zuhören! –

vor allem für den öffentlichen Bereich an.

Das offenbart eigentlich den wahren Geist. Sie wollten das Meldewesen – jetzt haben Sie natürlich den Einwand bekommen – umgestalten zur größten kostengünstigen und immer aktuell gepflegten Datenbank für Adresshändler und Werbeunternehmen. Der Staat ist dann quasi der verlängerte Arm der Adresshändler. Das wird mit uns nicht funktionieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Abschließend darf ich Ihnen noch etwas sagen. Ich hatte vorherhin auf den Innenminister verwiesen, und die Kakophonie, die dort herrscht, will ich doch noch einmal darstellen. Der Innenminister geht morgens zur Zeitung – ich glaube, die „Berliner Zeitung“ war es – und sagt

(Alexander Salomon)

(Abg. Sascha Binder und Abg. Walter Heiler SPD:
Der Bundesinnenminister!)

– Bundesinnenminister Friedrich, tut mir leid –: „Wer sich dieses Gesetz einmal durchliest, wird ganz klar sehen: Dieses Gesetz ist gut und enthält gute Regelungen.“

Nach einer CSU-Vorstandssitzung etwa fünf Stunden später sagt er: „Jetzt habe ich es mir noch einmal durchgelesen. Es ist doch nicht so gut. Ich rudere zurück. Alles auf Start.“

Das zeigt, wo Sie angekommen sind. Sie gucken sich nicht einmal mehr Ihre eigenen Gesetze an, sondern diese gehen einfach durch.

(Zuruf von der CDU: Können Sie in einem Satz die Kernaussage Ihrer Rede wiederholen?)

– Einen Kernsatz kann ich Ihnen sagen: Wir merzen jetzt Ihren Fehler aus, den Sie im Bundestag gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Glauben Sie es mir: In Baden-Württemberg gab es einen Wechsel. Wir merzen Ihre Fehler jetzt einfach noch aus. Aber im nächsten Jahr machen wir es einfach selbst besser.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich dem Kollegen Pauli das Wort gebe, möchte ich gern etwas nachholen. Heute hat Herr Minister Dr. Schmid Geburtstag. Herr Minister, ich möchte Ihnen gern im Namen des gesamten Hauses gratulieren.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Jetzt erteile ich das Wort Herrn Abg. Pauli.

Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Salomon, Sie haben gerade in Ihrem letzten Satz gesagt: „Wir wollen alles besser machen.“ Sie können einiges besser machen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das stimmt!)

Sie werfen uns in Ihrer heutigen Rede Dinge vor, die der Bundesinnenminister, die CSU-Parteifreunde und andere zu verantworten haben. Kein Einziger von uns hatte in irgendeiner Form an dieser Geschichte mitgewirkt.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Sie beantragen mit Ihrer Fraktion eine Aktuelle Debatte unter dem Titel „Meldegesetz der Bundesregierung stoppen – Datenschutz stärken“. Sie haben eingangs dankenswerterweise darauf hingewiesen, dass alle Fraktionen hier im Landtag von Baden-Württemberg den Datenschutz für ein sehr wertvolles Gut unseres Rechtsstaats halten

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das erkennen wir auch an!)

und dass wir in Baden-Württemberg seit Jahrzehnten den Datenschutz mit den regierungstragenden Fraktionen immer un-

terstützt haben und dass wir ihn auch nicht aushöhlen lassen. Deswegen begrüßen wir auch, dass der Bundesrat die Dinge, die schiefgelaufen sind, korrigieren möchte. Das ist gut so.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen der Fraktion GRÜNE, die Sie heute diese Aktuelle Debatte beantragt haben, das, was der Kollege Salomon gerade von sich gegeben hat, gehört nicht in den Landtag von Baden-Württemberg. Wir sind uns in dem Thema ja einig. Aber schon der Titel dieser Aktuellen Debatte ist völlig daneben.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Frau Homburger sagt, sie findet es gut, was im Bundestag passiert ist!)

– Sie sollten auch zuhören, Herr Salomon. – Zum Titel „Meldegesetz der Bundesregierung stoppen“ möchte ich bloß noch einiges zur Chronologie hinzufügen, was offenbar nicht in der „taz“ gestanden hat.

Die Bundesregierung hat Ende letzten Jahres einen Gesetzesentwurf zur Fortentwicklung des Meldegesetzes auf den Weg gebracht; Sie haben darauf hingewiesen. Damit sollen die Landesmeldegesetze, die übrigens hinter dem zurückbleiben, was jetzt der Bundestag in seinen „Datenschutzbemühungen“ verabschiedet hat, und auch das Bundesgesetz zusammengeführt werden.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Weil es nicht anders geht!)

– Das ist richtig. – Auch andere Änderungen gibt es.

Streitpunkt ist jetzt der § 44 des neuen Bundesmeldegesetzes, der bei der Behandlung des ursprünglichen Entwurfs der Bundesregierung unstrittig durchging. Dazu gab es lediglich im Innenausschuss des Bundestags einen Änderungsantrag der Grünen, der darauf abzielte, dass bei einer einfachen Melde-registerauskunft der Dokortitel nicht mit angegeben wird. Das war die einzige Änderung, die einzige Kritik, die aus den Reihen der grünen Bundestagsfraktion kam.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Hört, hört! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das würde ich so nicht sagen!)

Ich möchte Ihnen das nicht vorwerfen, weil Sie nicht in der Bundestagsfraktion der Grünen sitzen, genauso wenig wie wir der Bundestagsfraktion der CDU/CSU angehören. Das nur einmal zur Klarstellung.

Aber dann hat der Innenausschuss des Deutschen Bundestags vor zwei Wochen Änderungen, die Sie dargestellt haben, eingebaut, die dann einen Tag später während des Halbfinalspiels bei der Fußballeuropameisterschaft in 57 Sekunden – wir wissen es mittlerweile – in Zweiter und Dritter Lesung den Bundestag passiert haben.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wahnsinn!)

Das ist ein Gesetz, das der Deutsche Bundestag als Legislative verabschiedet hat. Es ist der Gesetzesentwurf, den der Innenausschuss des Deutschen Bundestags beschlossen hat.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Was Auswirkungen auf die Länder hat!)

(Günther-Martin Pauli)

Sie studieren doch Rechtswissenschaften, Herr Kollege Salomon.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er ist aber noch nicht fertig!)

Es gibt bei uns die Gewaltenteilung. Da gibt es die Legislative, und es gibt die Exekutive. Der Gesetzentwurf – um das noch einmal klarzustellen – der Exekutive war besser. Den wollen wir gern wieder haben. Die Legislative in ihrer Mehrheit hat einen geänderten Entwurf verabschiedet.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ein Teil!
– Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Eine Teilmehrheit!)

Jetzt ereifern Sie sich hierüber in einer Aktuellen Debatte. Ich habe in den elf Jahren, in denen ich dem Landtag angehöre, viele Debatten erleben dürfen, die mal weniger, mal mehr von Bedeutung waren. Aber weder hinsichtlich der Aktualität dieses Themas – denn wir wissen alle, dass der Bundesrat die Korrekturen vornehmen möchte – noch hinsichtlich des Titels, noch aufgrund der Kritikpunkte, die Sie uns vorwerfen, gehört die Debatte in dieses Haus. Die Kritik können Sie bei Parteitag oder sonst irgendwo verkünden,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Daran werde ich Sie bei jeder Debatte erinnern, die von der CDU kommt!)

aber wir hier im Haus sind uns einig, wohin die Reise gehen soll. Wir werden auch künftig, Herr Klingbeil, den Datenschutz in unserem Land aufrechterhalten und stärken. Aber wir, der Landtag von Baden-Württemberg, sollten uns mit den Themen beschäftigen, die wir als Landesparlament, als Landeslegislative zu begleiten haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Wir hätten da genügend Stoff, den wir aufarbeiten könnten. Wir müssen nicht Debatten künstlich hier einbauen. Dann lassen wir lieber einmal einen Plenartag ausfallen und sind dann draußen bei den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das wäre manchmal auch sinnvoller.

Im Übrigen sollten wir, wenn wir jetzt auch alles bei den Kollegen des Deutschen Bundestags kritisieren können, vielleicht am Schluss doch auch dankbar sein, dass nach dieser Debatte und den Skurrilitäten bei diesem Verfahren um das Meldegesetz jetzt wenigstens die Sensibilität, was Datenschutz angeht, durch diese Debatten – egal, wo sie geführt werden – wieder ins Bewusstsein der Bürgerschaft rückt.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass die Menschen bei uns im Land keine Angst haben müssen, dass die Daten, die bei der öffentlichen Verwaltung vorliegen, missbraucht werden können. Sie sollten sich jedoch auch dessen bewusst werden, dass die größeren Gefahren durch die Datenkraken gegeben sind, die um uns herumschlingern und die auch im privaten Umfeld – bei Gewinnspielen, bei Facebook und bei vielen anderen Möglichkeiten – Daten sammeln, woraus sich die Gefahr eines Datenmissbrauchs ergibt, der wesentlich gefährli-

cher ist. Darauf müssen wir bei jeder Gelegenheit hinweisen. Deshalb möchte ich das auch hier noch einmal erwähnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir könnten auch als Landesgesetzgeber noch verstärkt darauf hinweisen und uns auch überlegen, wie wir vor allem auch junge Menschen noch etwas sorgfältiger in dieser Welt begleiten könnten, in der der Datenmissbrauch nicht nur ein zunehmendes Ärgernis ist, sondern auch gefährliche Dimensionen annehmen kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Binder das Wort.

Abg. Sascha Binder SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Pauli, ich glaube, es war ganz gut, dass das Thema für die Aktuelle Debatte bereits spätestens am Montag festgelegt werden musste und es vor einer halben Stunde oder Stunde keine Möglichkeit mehr gab, das Thema zu wechseln. Insofern ist es sicherlich auch in Ihrem Interesse, dass wir jetzt über das Melderecht sprechen und nicht über Hausdurchsuchungen, die parallel zu dieser Sitzung stattfinden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Wenn Sie sagen, diese Debatte zum Melderecht gehöre nicht in den Landtag, weise ich darauf hin: Wenn der Bundestag sein Geschäft getan hätte, wären jetzt nicht alle Hoffnungen der Bundesregierung und der Abgeordneten des Deutschen Bundestags auf den Bundesrat gerichtet und würden nicht alle hoffen, dass der Bundesrat eine Änderung vornimmt. Somit ist es mittlerweile Ländersache, und damit gehört es in den Landtag von Baden-Württemberg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Die SPD-Bundestagsfraktion – Herr Kollege Pauli, da gebe ich Ihnen recht – hat den ersten Entwurf der Legislative

(Abg. Günther-Martin Pauli CDU: Der Exekutive!)

– Entschuldigung, der Exekutive – ausdrücklich begrüßt, und zwar in der Sitzung des Innenausschusses des Bundestags am 26. April. Dabei blieb es aber nicht. Kollege Uhl und die anderen Kollegen von CDU/CSU und FDP im Deutschen Bundestag haben durch ihren bahnbrechenden Änderungsantrag den Datenschutz auf den Kopf gestellt. Auf Seite 24 der elektronischen Vorabfassung der Bundestagsdrucksache 17/10158 steht – das möchte ich mit Erlaubnis der Präsidentin gern zitieren –, dass die Koalitionsfraktionen von einem „zukunftsweisenden“ Änderungsantrag sprechen, der „neue Maßstäbe hinsichtlich des Datenschutzes“ setze.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das stimmt doch!)

(Sascha Binder)

Es ist ein zukunftsweisender Änderungsantrag, aber nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, sondern im Sinne der Werbewirtschaft und der Adresshändler, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dann ist ja viel von dieser Geistersitzung die Rede. Ich glaube, da haben alle Parteien nicht unbedingt Grund, aufeinander zu schimpfen. Das passiert auch hier allenthalben einmal, dass der Plenarsaal nicht voll ist. Bei einem Halbfinalspiel der deutschen Nationalmannschaft kann man ein gewisses Verständnis aufbringen. Wenn man sich aber die Reden anschaut, die dort zu Protokoll gegeben worden sind, stellt man fest, dass es für manchen Kollegen im Deutschen Bundestag vielleicht besser ist, dass er sie nur zu Protokoll gegeben hat und sie nicht halten musste. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Helmut Brandt weist in der Rede, die er zu Protokoll gegeben hat, darauf hin, im Zuge des parlamentarischen Verfahrens sei der Schutz des Einzelnen gestärkt worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade das Gegenteil war der Fall.

Was ist drei Wochen nach der Beschlussfassung über das Gesetz passiert? Niemand wusste, dass es das Gesetz überhaupt gab, die Verbraucherschutzministerin Aigner sagt sogar – Zitat –: „Dieses Gesetz ging an uns vorbei.“ Ein Gesetz, dessen Gegenstand der Verbraucherschutz ist, geht also einfach so am Verbraucherschutzministerium vorbei. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann man mit Verbraucherschutz nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Um noch einmal auf das Verhältnis Exekutive/Legislative zurückzukommen: Die Legislative war in diesem Fall gar nicht in der Lage, selbst einen Änderungsantrag zu formulieren. Kollege Uhl aus dem Bundestag weist darauf hin, dass die Formulierungshilfe von der Exekutive kam. Das heißt, eine Trennung von Exekutive und Legislative in der Gesetzgebung zu behaupten ist nicht sachgerecht. Herr Kollege Pauli, ich glaube, wir sind uns einig, dass beides nicht so streng voneinander zu trennen ist. Wenn jetzt mit Schützenhilfe des Ministeriums, das den ursprünglichen Vorschlag eingereicht hat, ein Änderungsantrag formuliert wird, kann ich, liebe Kolleginnen und Kollegen, bezogen auf diese Bundesregierung und die Koalition im Bund nur sagen: Sie wissen nicht, was sie tun.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich glaube, dass der ganze Vorgang nicht dazu angetan ist, mehr Vertrauen in die Politik zu gewinnen. Ich meine aber, dass dieser Vorgang auch für uns hier im Landtag zwar nicht unbedingt eine Lehre ist, uns aber doch veranlasst, innezuhalten und darauf zu achten, dass Gesetzgebung nicht zum Tagesgeschäft werden darf. Bei jedem Gesetz muss, auch wenn hier viele Gesetze verabschiedet werden, immer auch genau nachgeschaut werden und genau überlegt werden, was darin steht. Ich glaube, das kann für uns alle, die hier an der Gesetzgebung beteiligt sind, eine Lehre sein, dass man noch einmal genau nachschaut.

In diesem Sinn bin ich jetzt davon überzeugt, dass die Landesregierung, die dankenswerterweise durch Minister Fried-

rich sehr früh gesagt hat, dass sie dagegen ist, das Gesetz im Bundesrat stoppen wird. Dann, glaube ich, werden wir gemeinsam – die Verantwortlichen im Landtag und auch im Bundestag und in der Bundesregierung – einen guten Datenschutz in Deutschland erreichen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Natürlich kann und sollte man immer und überall über den Datenschutz diskutieren, wenn es zu irgendeinem Fortschritt führt. Aber eines fällt natürlich an der generellen Debatte zu diesem Komplex schon auf. Diese Debatte – ich meine nicht die jetzige Debatte hier, sondern die generelle Debatte zu diesem Gesetz – enthält sehr viel Scheinheiligkeit.

Zweitens leistet diese Debatte auch einer Politik dergestalt Vorschub, dass man am Morgen das eine behauptet, am Nachmittag das andere und am dritten Tag wieder etwas anderes. Deswegen rate ich, bei den Fakten anzufangen. Da, lieber Herr Salomon, wollen wir die Leute nicht nur mitnehmen – das würde uns, der Fraktion der FDP/DVP, nicht reichen –, sondern wir wollen sie selbst laufen lassen und auch selbst denken lassen.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Schauen wir uns einmal den gegenwärtigen Rechtszustand an. Wenn Sie das tun, werden Sie feststellen, dass wir gegenwärtig einen Rechtszustand haben, der von allen, die in dieser Debatte mitdiskutieren, irgendwann einmal entweder aktiv unterschrieben worden ist oder zumindest so gehandhabt wird. Wir haben durch die Ländergesetze einen Rechtszustand erhalten, den die Verantwortlichen – auch Rot und Grün – entweder so gestaltet oder nicht geändert haben. Das war auch in NRW nicht der Fall, wo Rot-Grün schon ein paar Jahre regiert. Jedenfalls ist der jetzige Zustand schlechter als der, den das im Bundestag geänderte bzw. beschlossene Gesetz vorsieht. Das wollen wir einmal festhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: „Ausschließliche Gesetzgebung“ ist das Stichwort!)

Das ist das, was man als scheinheilig empfinden kann. Das jetzige Bundesgesetz ist jedenfalls besser als die bisherigen Regelungen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Besser ist nicht gut!)

Vom Kollegen Pauli ist zu Recht auch darauf hingewiesen worden, dass das Gesetz zunächst mit einer Einwilligungslösung in den Bundestag kam. Deswegen darf man eigentlich nicht davon sprechen, einen Gesetzentwurf der Bundesregierung vorliegen zu haben. Der Gesetzentwurf ist in der Tat im Parlament verändert worden. Wenn man die Spur ein bisschen verfolgt, führt sie in der Tat in Richtung CSU und natürlich nicht in Richtung FDP, denn wir sind durchaus Freunde der

(Dr. Ulrich Goll)

Einwilligungslösung. Begründet wurde es interessanterweise – das wissen Sie aber auch – nicht mit einem Änderungsverlangen von Adresshändlern oder Inkassounternehmen, sondern mit einem Änderungsverlangen der Meldebehörden,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Es wäre aber ehrlicher gewesen, Sie hätten es andersherum gesagt!)

was insofern nachvollziehbar ist, als der erste Vorschlag den Meldebehörden mehr Arbeit gemacht hätte. Ich lege nur den Hergang dar, damit nicht wieder gleich die üblichen Feindbilder von Ihnen aufgebaut werden. So einfach darf man es sich auch nicht machen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Wir sind offen für die Einwilligungslösung. Da sollte man offen sein. Warum auch nicht? Sie stand ja im Grunde genommen schon einmal im Gesetz drin. Aber wir sollten auch offen sein für die Argumente derer, die hinterher mit diesem Gesetz arbeiten müssen, und zwar eben vorurteilsfrei. Kein Aufbau von Feindbildern! Ich höre jetzt schon wieder: „die Werbewirtschaft“, „die Adresshändler“. Wenn Sie sich einmal die Mühe machen, sich mit deren Argumenten auseinanderzusetzen – wir sind eigentlich mittendrin –, dann stellen Sie überrascht fest, dass die sagen: „Wir wollen gar keinen Handel; das ist uns viel zu teuer.“ Das hören Sie durchgängig. Sie sagen: „Wir kaufen gar keine Adressen, weil sie uns zu teuer sind, weil wir das auf andere Art besser hinbekommen.“

Das Anliegen der Inkassounternehmen war beispielsweise, dass sie säumigen Schuldnern noch besser nachgehen können, indem sie bei den Meldebehörden nachfragen, um eine Auskunft zu bekommen.

Dieses Thema sollte man schon mit Ernst behandeln.

Mit anderen Worten: Ich bin dafür, zu einer Einwilligungslösung zu kommen. Aber ich bin auch sehr dafür, dass man, bevor jetzt wieder ein Schnellschuss kommt, auch mit den Versandhändlern und den Inkassounternehmen redet und fragt: „Worauf kommt es euch genau an? Wie weit kann man da entgegenkommen?“ Es ist hochinteressant, von denen zu hören: „Auf Handel kommt es uns eigentlich gar nicht an.“ Deswegen ist die Debatte an dieser Stelle vielleicht ein bisschen schiefgelaufen.

Ich glaube nicht, dass es um ein Geschenk an die werbetreibende Wirtschaft geht. Vielmehr sollten wir alle mit der gebotenen Vernunft die Einwilligungslösung in einer Form unterstützen, die auch die berechtigten Belange anderer beachtet. Denn dass Schuldner ihre Schulden bezahlen, sollte schließlich im Sinne aller sein. Deswegen sollte man denjenigen die Arbeit auch nicht verunmöglichen, die an die Adressen säumiger Schuldner herankommen wollen. Wir brauchen also eine sachliche Lösung, getragen von allen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Zu den Bürgerrechten sagt er nichts!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Innenminister Gall das Wort.

Innenminister Reinhold Gall: Werte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Pauli, ich glaube, es lohnt nicht, einen Streit darüber zu führen, ob diese Aktuelle Debatte notwendig ist oder nicht. Sie werden jedenfalls merken, die von Ihnen anberaumte Aktuelle Debatte zum Filderdialog wird in der öffentlichen Wahrnehmung überhaupt keine Rolle spielen, weil die Menschen gerade an Ihren Scharmützeln kein Interesse mehr haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Schauen Sie einmal, wie viele Journalisten da oben sitzen! Schauen Sie einmal da hoch! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Die sind wegen Mappus weg! – Abg. Sascha Binder SPD: Die sind in Pforzheim, Karlsruhe! – Abg. Rosa Grünstein SPD: Pforzheim!)

Ich bin aber schon der Auffassung – unabhängig davon, Herr Kollege Rülke, wer da oben sitzt –: Dieses Thema, das wir jetzt diskutieren, ist auch im Land von Interesse. Denn da geht es natürlich auch um unsere Bürgerinnen und Bürger, da geht es um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg. Da geht es u. a. auch um kommunale Interessen. Denn die Daten, die in die Melderegister eingestellt werden, werden natürlich durch die öffentlichen Stellen genutzt. Das ist im Prinzip der Pool, den wir auch für die Arbeit unserer Behörden brauchen. Deshalb finde ich schon, dass es richtig ist, dass dies in diesem Haus entsprechend diskutiert wird, damit wir uns dann in den weiteren Beratungen im Bundesrat positionieren und auch unsere Position deutlich machen können.

Bei allem Disput, der geführt werden musste – ich sehe es so, dass dies der Fall sein musste; keine Frage –, sollten wir uns jetzt aber darauf besinnen, wo und inwieweit wir in diesem Bereich gemeinsam unterwegs sind. Ich jedenfalls habe dieser Debatte nicht entnommen, dass es beim Ziel, das wir erreichen wollen, nun wirklich große Unterschiede gibt. Daher gehe ich davon aus, dass unsere Interessenlagen weitestgehend gleich sind.

Sie wissen es alle, meine Damen und Herren: Mit diesem Gesetz, das heftig diskutiert wird, sollte jetzt bundeseinheitlich geregelt werden, was wir 2006 im Zusammenhang mit der Föderalismuskommission auf den Weg gebracht und beschlossen haben. Die Einzelzuständigkeiten der Länder sollen in einem gemeinsamen Bundesmelderecht gebündelt werden. Gegenwärtig bewegen wir uns in einer entsprechenden Rahmengesetzgebung, was aber im Laufe der Jahre zu teilweise unterschiedlichen Rechtslagen in den Ländern geführt hat.

Daher ist die Absicht, die hinter diesem Gesetzentwurf steckt, vom Kern her natürlich zu begrüßen – überhaupt keine Frage –, weil dies dazu führen wird, dass wir nun – davon bin ich überzeugt; darüber streiten wir uns, glaube ich, im Kern auch wirklich nicht – im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher endlich auch eine datenschutzfreundliche Regelung zur sogenannten Melderegisterauskunft einführen können. Denn nach bisheriger Praxis sind die einfachen Melderegisterauskünfte nach unserem derzeit geltenden Landesrecht an keine wirklichen Voraussetzungen geknüpft. Da sind wir alle an Verbesserungen interessiert. Das heißt, ein berechtigtes In-

(Minister Reinhold Gall)

teresse an solchen Auskünften musste bei uns bisher nicht nachgewiesen werden. Das halten wir, die neue Landesregierung, für dringend verbesserungswürdig.

(Beifall der Abg. Alexander Salomon GRÜNE und Sascha Binder SPD)

Im Regierungsentwurf zum Bundesmeldegesetz war nun wirklich begrüßenswerterweise auch vorgesehen, diese einfachen Melderegisterauskünfte wesentlich einzuschränken und sie präziser zu fassen, insbesondere was die Nutzung – darum geht es im Kern – dieser Meldedaten für gewerbliche Zwecke anbelangt.

Summa summarum hat diese Diskussion dazu geführt, dass am Ende als Ergebnis festgestanden hat: ohne Einwilligung der Betroffenen keine Auskünfte. Das war im Prinzip das Ziel, das erreicht werden sollte. An diesem ursprünglichen Entwurf kann man eigentlich – zumindest meines Erachtens – nur einmal grundsätzlich kritisieren, dass er die Redlichkeit eines jeden Auskunftersuchenden einfach unterstellt hat. Man geht davon aus, dass jeder, der eine Auskunft verlangt und das begründet, auch entsprechend redlich handelt, die Verwendungsabsicht nicht verschleiert und sich auch selbst an die entsprechende Erklärung hält, nämlich diese Daten eben nicht für Werbung und nicht für Adresshandel zu verwenden.

Ein Verstoß gegen diese Erklärung wäre nach der Ursprungsabsicht sogar folgenlos geblieben. Deshalb haben wir im Bundesrat bei den entsprechenden Behandlungen dieses Gesetzesentwurfs darauf bestanden, dass ein Bußgeld eingeführt wird, das derjenige zahlen muss, der gegen diese eigene Erklärung verstößt. Immerhin eine Sanktionsmöglichkeit ist vorgesehen. Wir sind, wie gesagt, diesbezüglich aktiv geworden.

Deshalb ist es schade, dass dies nur über die Diskussion im Innenausschuss des Bundestags entsprechend Berücksichtigung gefunden hat, während im Gesetzentwurf in der Fassung, die im Bundestag angenommen wurde, hinsichtlich der vorgesehenen Sanktionsmöglichkeit im Endeffekt im Bereich der Werbung und des Adresshandels wiederum eine Kehrtwende vollzogen wurde. Es ist dann nämlich von der ursprünglichen Absicht, dem Schutz der Bürgerinnen und Bürger, nichts mehr übrig geblieben, weil von einer ausdrücklichen Einwilligungslösung abgerückt wurde und auf eine bloße Widerspruchsmöglichkeit zurückgegriffen worden ist.

Das halten wir für nicht ausreichend, auch deshalb, weil das Ergebnis noch viel schlimmer ist: Auch diese Regelung hat

man im Prinzip wieder deutlich ausgehöhlt, und zwar für einen äußerst praxisrelevanten Fall, nämlich für den Fall, dass die Daten von den Adresshändlern und Werbenden ausschließlich zur Bestätigung oder zur Berichtigung vorhandenen Adressmaterials verwendet werden sollen. Da wissen wir nun alle: Adressmaterial ist in diesen Branchen zuhauf vorhanden. Deshalb: Gerade hier einen Widerspruch nicht entsprechend gelten zu lassen, das kann schlicht und ergreifend nicht akzeptiert werden. Daher ist die Kritik quer durch alle Parteien und auch die Kritik der Öffentlichkeit natürlich aus unserer Sicht mehr als berechtigt.

Diesen Wunsch auf Änderung wird die neue Landesregierung natürlich erfüllen. Das heißt im Klartext: So werden wir im Bundesrat auf gar keinen Fall zustimmen. Ich gehe aber sehr optimistisch davon aus, dass wir die entsprechenden Änderungen in großer Gemeinsamkeit erreichen werden. Denn wir sind der Auffassung: Wer verpflichtet ist, seine Meldedaten den Behörden zu melden – das halten wir für erforderlich, weil die öffentliche Hand auf diese Daten dringend angewiesen ist, als Datenpool, wenn man so will, als zentrale Dienstleistung für den öffentlichen Bereich –, der muss auch die Gewissheit haben, dass mit seinen Daten so umgegangen wird, wie er es vom Staat erwartet, dass nämlich seine Daten bestmöglich geschützt und nicht ohne seine eigene Einwilligung weitergegeben werden.

In diesem Sinn werden wir im Bundesrat aktiv werden. Ich bitte Sie über alle Parteien und Fraktionen hinweg ausdrücklich um Ihre Unterstützung.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gern!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Bravo!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch, 18. Juli 2012, um 10:00 Uhr statt.

Ich danke Ihnen ganz herzlich und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:49 Uhr